

Berichte



2008

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

1

Deutsches Institut für Urbanistik

- | | | | |
|----|---|----|---|
| | Standpunkt | | |
| 2 | Time to act! Chancen der Re-Urbanisierung auch für die Gestaltung einer neuen Verkehrspolitik nutzen | 14 | Lösungen für einen effizienten Umgang mit Grund und Boden: Erste Ergebnisse des BMBF-Forschungsvorhabens REFINA |
| | Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen | 16 | Normalisierung ist Erfolg – ein Tagungsbericht: Auslandsaufenthalte als Bestandteil der Hilfe zur Erziehung |
| 4 | Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden | | Neue Projekte |
| 8 | EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner (EA): Difu unterstützt Entscheidungsfindung zur Verortung des EA in Nordrhein-Westfalen | 19 | Wohnungsgenossenschaften: Difu startet Evaluationsvorhaben zur Weiterentwicklung genossenschaftlichen Wohnens |
| 11 | Verfügungsfonds und Mikrofinanzierungen als Instrumente der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung | 20 | Neu im Difu-Internet |
| | Veranstaltungen | 20 | Exklusiv für Difu-Zuwender |
| 12 | Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung | 21 | Difu-intern: Abschied nehmen |
| 13 | Regionale Clusterinitiativen und Netzwerke erfolgreich steuern: Konferenz zu Wissensbilanzen als Instrument für Management und Politik | 21 | Difu-aktiv: Auswahl weiterer Difu-Aktivitäten |
| | | 22 | Mediennachlese |
| | | 23 | Impressum |
| | | 24 | Bestellschein |

Time to act!

Chancen der Re-Urbanisierung auch für die Gestaltung einer neuen Verkehrspolitik nutzen



Tilman Bracher

Den Kommunen eröffnet sich aufgrund ihrer demografischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung eine doppelte Chance. Einerseits bietet die Nutzung frei gewordener Gewerbe- und Bahnflächen sowie neuer Konzepte der Innenentwicklung die Möglichkeit, Jahrzehnte der Stadtfucht zu beenden und die Attraktivität der Kernstädte zu stärken. Andererseits erlaubt der schwindende Neu- und Ausbaubedarf der kommunalen Verkehrsinfrastruktur die Neugestaltung verkehrspolitischer Prioritäten. In den Kommunen bietet sich daher nach Jahrzehnten der Stadtfucht wieder eine Chance für die urbane europäische Stadt mit ihrer Vielfalt und Dichte.

Bevölkerungsabnahme, Migrationsprozesse und Überalterung werden die Wanderungsbewegungen in die Mittel- und Großstädte sowie in verdichtete Innenstadtlagen verstärken. Die Pkw-Mobilität wird trotz des zunehmenden Führerscheinbesitzes alter Menschen kaum noch steigen, da insbesondere hochbetagte Senioren nicht mehr so viel fahren wie jüngere Jahrgänge, zudem verändern sich die Lebensstile. Zwar dürfte die Zahl der Pkws noch etwas zunehmen. Da jedoch Mobilität mit steigenden Energiepreisen immer teurer wird, wird das jahrzehntelange Wachstum des innerstädtischen Pkw-Verkehrs enden. Vielerorts belegen Verkehrszählungen bereits, dass die Pkw-Verkehrsmengen auf innerstädtischen Straßen stagnieren oder zurückgehen.

Auch vom steigenden Straßengüterverkehr werden die meisten Kern- und Innenstädte kaum noch betroffen sein, da es in Städten aufgrund einer verkehrssensitiven Bauleitplanung zu weiteren Verlagerungen des Schwerverkehrs an den Stadtrand, auf Autobahnen und ausgebaute Bundesstraßen kommt.

Innovative Verfahren der Verkehrssteuerung führen zudem zur Verbesserung des Verkehrsablaufs im vorhandenen Straßennetz. Weil die veränderte Nachfrage räumlich und zeitlich flexibler geworden ist, reichen die vorhandenen Kapazitäten durch den Abbau von Spitzen und die verbesserte Steuerung weitgehend aus.

Damit endet auch in den Kernstädten die Notwendigkeit, das Straßennetz noch deutlich zu erweitern.

Gleichzeitig steigt der Handlungsdruck im Klimaschutz: zur CO₂-Reduktion werden kurz- oder mittelfristig auch Maßnahmen im Verkehrsbereich erforderlich sein.

Städte als Lebensraum, Straßen als Aufenthaltsraum

Der demografische Wandel rückt nicht nur die veränderten Anforderungen an Wohnungen, Wohnumfeld, Infrastruktureinrichtungen und Verkehrssysteme für ältere Menschen in den Blick. Trotz der nach wie vor erkennbaren Stadtfucht werden in der Bevölkerung die Optionen des urbanen Lebens positiver und die Einschränkungen ländlicher Standorte negativer empfunden als in der Vergangenheit. Bewohner ländlicher Standorte profitieren zwar von niedrigeren Grundstückspreisen, überproportional steigende Mobilitäts- und Energiekosten werden jedoch zur zunehmenden Belastung. Angesichts niedriger Geburtenzahlen setzen immer mehr Städte auch auf eine kinder- und familienfreundliche Entwicklung. Beim Werben um die Zielgruppe der Familien stehen die Kommunen im Wettbewerb untereinander. Für junge Familien und Fachkräfte ist Familienfreundlichkeit zum Standortfaktor geworden. Die täglichen Abläufe in Familien mit Kindern werden durch die Verhältnisse auf den Straßen und im Wohnumfeld beeinflusst und sind deshalb auch bei der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung zu berücksichtigen. Erwachsene behüten und bewahren die Kinder aus Angst vor Verkehr und Übergriffen. Stadtkinder lernen deshalb oft erst viel zu spät selbstständig zu Fuß und mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. In vielen Familien bestimmt deshalb das „Mama-Taxi“ den Tagesablauf.

Die kommunalen Straßen haben stadtgestalterische, stadttechnische, ökologische, soziale und kulturelle Funktionen. In älteren Stadtgebieten gehören Straßen oft zu den wenigen Freiflächen, die Raum für Bäume und andere Vegetation bieten, welche zur Regulierung des Stadt- und Mikroklimas erforderlich sind. In den Städten sind Straßen

neben Plätzen und Parkanlagen wichtige öffentliche Räume. Je nach Art der Nutzung der angrenzenden Gebäude und der Frequentierung durch Passanten haben Straßen damit auch Aufenthalts- und Öffentlichkeitsfunktionen.

Anordnung und Abstände der Bebauung von Stadtstraßen prägen das Bild einer Stadt. Durch die neue Richtlinie für Stadtstraßen (RASt 06) wird eine ausgewogene Berücksichtigung aller Nutzungsansprüche an den Straßenraum unterstützt. Neben Lage, Funktion und Verkehrsbelastungen gehören dazu Flächennutzung und Siedlungsstruktur, städtebaulich-historische Qualitäten sowie die Lage in ökologisch bedeutsamen Grün- und Freiraumsystemen. Aus städtebaulichen Gründen kann es geboten sein, den Kfz-Verkehr in einer Straße zu begrenzen, beispielsweise wenn die zur Verfügung stehenden Flächen nicht ausreichen, um im Straßenraum die Ansprüche des Kfz-Verkehrs angemessen zu befriedigen oder die aus dem Kfz-Verkehr resultierenden Immissionen für die Umfeldnutzungen zu hoch sind.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die kommunalen Verkehrsinfrastrukturen aufgrund der Förderkulisse zwar stetig ausgebaut, Instandhaltung und Unterhaltung kamen aber häufig zu kurz. In den ostdeutschen, auch in vielen westdeutschen Kommunen, sind Fuß- und Radwege in einem schlechten Zustand. Vielerorts sind schadhafte, teilweise noch unbefestigte oder schlecht entwässerte Nebenstraßen und unansehnliche Plätze Schandflecke im Stadtbild.

Damit der innerstädtische öffentliche Raum nicht mehr im bisherigen Umfang zum Parken von Pkws benötigt wird, wird ein verstärkter Bau öffentlicher Quartiersgaragen in den von Parkdruck betroffenen Wohngebieten erforderlich sein.

Weil die Rolle der Kernstädte für die Bevölkerung des Umlands weiter steigt, gewinnt auch der ÖPNV als Rückgrat für die Stadt-Umland-Verflechtungen an Bedeutung. Attraktive Angebote erfordern ein finanzielles Engagement der öffentlichen Hand! Überörtliche Pendler- und Besucherströme in die Kernstädte sind nur dann ohne Auto zu leisten, wenn der ÖPNV auch die Rand- und Wohnbereiche sowie die Orte im Umland gut erschließt.

Handlungsspielräume der Verkehrsentwicklung

Befreit vom Damoklesschwert des Verkehrskollapses und dem Druck, Neu- und Aus-

baumaßnahmen durchzusetzen, erhält auch die Verkehrspolitik der Kommunen den notwendigen finanziellen und personellen Spielraum, um Straßen und Städte attraktiver zu gestalten und neue Strategien zur Vermeidung und Verlagerung von Kfz-Verkehr zu entwickeln und umzusetzen.

Sind Kommunen und Bürger auch bereit dazu? Die hohe Nachfrage nach den vom Difu im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans angebotenen Schulungsveranstaltungen der Fahrradakademie zur Qualitätssicherung der Radverkehrsinfrastruktur belegen das große Interesse der Kommunen, sich bislang sekundären Themen anzunehmen. In Deutschland überraschte, wie breit die politische Zustimmung zur Einführung der City-Maut in Stockholm war und die Entschlossenheit, mit der London mit einer ehrgeizigen umweltpolitischen Begründung Mautgebühren und weitreichende Lkw-Fahrbeschränkungen auf- und ausgebaut, den ÖPNV aufwertet und begonnen hat, auch den Radverkehr durch ein ambitioniertes Investitionsprogramm mit 500 Millionen Pfund zu fördern.

Time to act

Es gilt, die Siedlungs- und Standortpolitik konsequent auf die Kernstadt und die Netze des öffentlichen Verkehrs auszurichten, fußläufige Angebote zur Nahversorgung einzuplanen und für Bahnhöfe und weiterführende Schulen den zum Radfahren geeigneten Radius von zwei bis drei Kilometern zu berücksichtigen.

Prioritäten der Verkehrsplanung sollten auf die Sanierung und stadtverträgliche Umgestaltung von Gehwegen, Plätzen und Straßen zur Steigerung der Attraktivität im Wohnumfeld gesetzt werden, auf verbesserte Straßenverhältnisse für Kinder und Senioren als Fußgänger, die Aufwertung des Radverkehrs, die Errichtung von Quartiersgaragen und die notwendige verstärkte Förderung des ÖPNV.

Die Kommunen dürfen jetzt die Chancen der Re-Urbanisierung nicht verstreichen lassen – auch durch neue Prioritätensetzungen in der Verkehrspolitik. Länder und Bund sind aufgerufen, die Förderkulisse für Erneuerungsmaßnahmen und Verkehrsmanagement zu erweitern. Der Rückzug des Bundes aus der unmittelbaren Förderung kommunaler Projekte (das „Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden“, GVFG, läuft bis 2019 aus) erfordert eine Neuorientierung der Förderkulisse für die im Bereich der Verkehrsinfrastruktur weitgehend von Zuwendungen abhängigen Kommunen.

Tipps zum Weiterlesen

- Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen, RASt 06 – Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen, Köln 2006.
- Michael Reidenbach, Tilman Bracher u.a., Der kommunale Investitionsbedarf 2006–2020, Hg. Difu, Berlin 2008 (in Vorbereitung).
- Max Bohnet, Jens-Martin Gutsche, Axel Menze: Verkehrliche Wirkung unterschiedlicher Siedlungsmuster. Modellhafte Abschätzungen am Beispiel der Region Hannover, ECTL Working Paper 31, Hg. TU Hamburg-Harburg, 2006.
- Sven Oeltze, Tilman Bracher u.a., Mobilität 2050. Szenarien der Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung von Siedlungsstrukturen bis 2050, Hg. Difu, Berlin 2007.

Dipl.-Volksw. Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden

Umfrage zur „Organisation und Aufgabenwahrnehmung Unterer Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen“ 2006/2007

Anlass und Ziel der Umfrage

Die öffentlichen Einrichtungen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege befinden sich hinsichtlich ihrer Verfahren und Behördenstruktur seit einigen Jahren im Wandel. Angesichts des Veränderungsdrucks durch die Globalisierung und den Strukturwandel sowie der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stehen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen. Eine breite öffentliche Akzeptanz ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit dieses Politikfeldes. Kommunale Denkmalpflege muss daher neue zeitgemäße Leitbilder entwickeln, in denen Denkmalschutz als wichtige gesellschaftliche Aufgabe enthalten ist und die effizient umgesetzt wird.

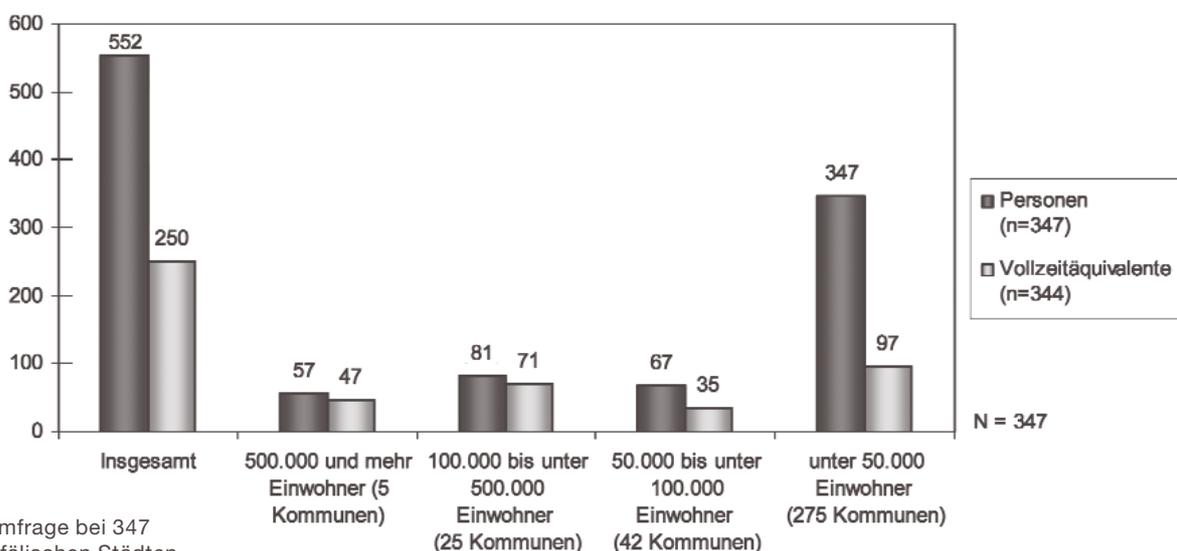
Im Jahre 1985 hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen eine Evaluation denkmalpflegerischer Maßnahmen der Kommunen durchgeführt. Die Be-

fragung des Difu zu den denkmalpflegerischen Leistungen der Gemeinden führte die Bandbreite der damaligen kommunalen Aktivitäten anschaulich vor Augen und dokumentierte das wachsende kommunale Engagement in der Denkmalpflege. Die Untersuchung wurde 1987 veröffentlicht und fand große Resonanz in der kommunalen und staatlichen Fachöffentlichkeit. Diese empirische Studie zum Thema ist bislang einzigartig geblieben.

In Nordrhein-Westfalen zeigte sich, dass ein Informationsbedarf über die Rahmenbedingungen, unter denen Untere Denkmalbehörden (UDB) arbeiten, besteht. Deshalb baten der Städtetag Nordrhein-Westfalen und der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen das Deutsche Institut für Urbanistik, anknüpfend an eine Organisationsuntersuchung aus dem Jahr 1985 eine weitere Befragung der Unteren Denkmalbehörden in NRW durchzuführen. Das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW unterstützte diese Studie.



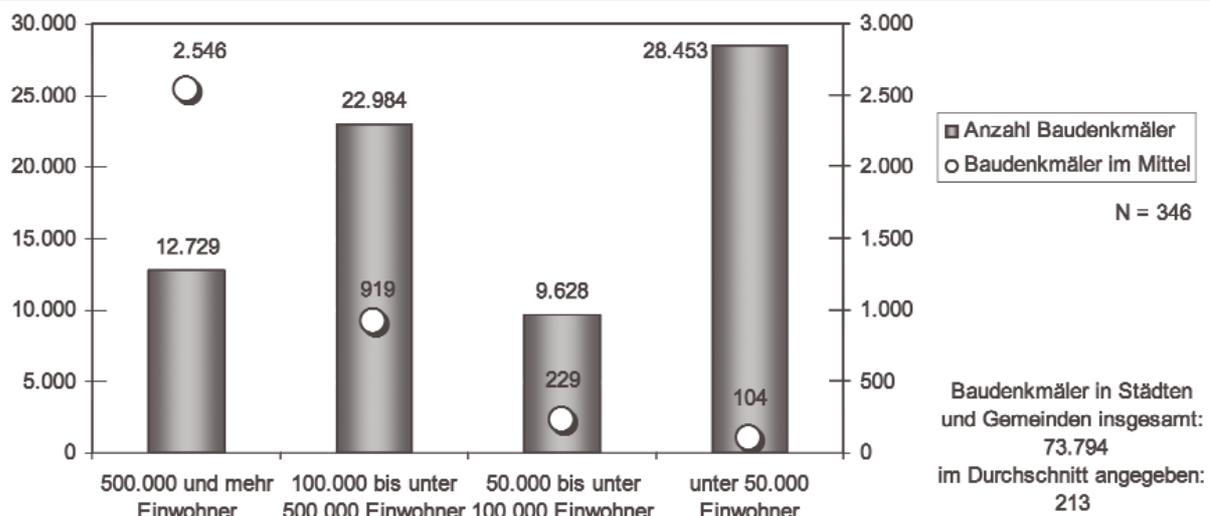
Wie viele Stellen sind für die UDB im Stellenplan vorhanden?
Zahl der Personen und Vollzeitäquivalente absolut nach Gemeindegrößenklassen*



*Quelle: Difu-Umfrage bei 347 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden 2006.

Baudenkmäler

Anzahl absolut und Mittelwert nach Gemeindegrößenklassen*



*Quelle: Difu-Umfrage bei 347 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden 2006.

Deutsches Institut für Urbanistik



Nach inzwischen 20 Jahren war eine erneute Würdigung der Leistungen der Kommunen im Bereich von Denkmalschutz und Denkmalpflege angebracht. Zwar wusste man allgemein, dass die Gemeinden auf dem Gebiet der Denkmalpflege Bedeutendes zustande gebracht haben, quantifizierbare Aussagen über den gegenwärtigen Stand dieser Aktivitäten gab es jedoch bisher nicht.

Ziel des Projekts war es daher, Angaben zur Tätigkeit und zu den Leistungen der Unteren Denkmalbehörden in den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Zusätzlich zur Bestandsaufnahme und Analyse der kommunalen Praxis war eine ausgewogene Bewertung der Leistungen und Defizite in diesem Bereich beabsichtigt.

Durch die Befragung konnten interessante Schlüsse zu folgenden, für die kommunale Denkmalpflege relevanten Themenbereichen gewonnen werden:

- Organisatorische Einbindung (Bau- und Bodendenkmalpflege)
- Personal
- Technische Ausstattung
- Denkmalbestand
- Aufgabenwahrnehmung in Denkmalschutz und Denkmalpflege
- Fortbildung
- Mittel für die Denkmalförderung
- Service- und Dienstleistung
- Zusammenarbeit mit anderen Denkmalverwaltungen
- Denkmalvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit

■ Denkmalverwaltung und Bürgergesellschaft

Im Gegensatz zur Erhebung von 1985, die 1987 veröffentlicht wurde, wurde die Bodendenkmalpflege in die neue Untersuchung mit einbezogen.

Methodisches Vorgehen

Bei der Studie handelt es sich um eine Analyse der Praxis von Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden mit Hilfe einer standardisierten schriftlichen Befragung aller 396 Unteren Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen.

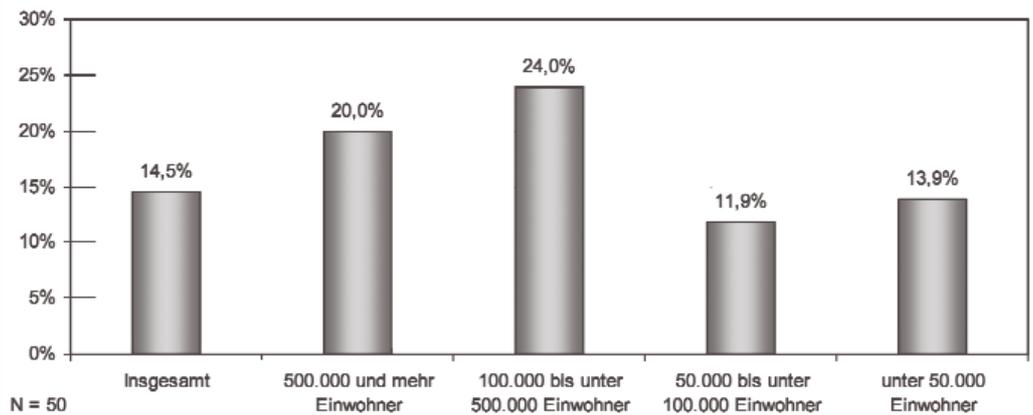
Die Befragung wurde – unterstützt durch den Städte- und Gemeindebund NRW und den Städtetag NRW sowie gefördert durch das MBV NRW – von Ende September bis Ende Dezember 2006 durchgeführt.

Von den 396 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nahmen 347 (88 Prozent) an der Befragung teil. Diese außerordentlich hohe Beteiligung stellt sicher, dass unter räumlichen und strukturellen Aspekten ein sehr hoher Deckungsgrad erreicht wird. An der Befragung von 1985 hatten sich wesentlich weniger, nämlich 290 nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden beteiligt. Dies entsprach damals einer Rücklaufquote von 73,2 Prozent.

Wichtige Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind in Nordrhein-Westfalen dynamische Felder der Gemeindepolitik. Mit Inkrafttreten des

Gibt es ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die die UDB regelmäßig unterstützen? – „Ja“ nach Gemeindegrößenklassen*



*Quelle: Difu-Umfrage bei 347 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden 2006.

Deutsches Institut für Urbanistik 

Denkmalschutzgesetzes von 1980 und dem damit einhergehenden öffentlichen Interesse ist es in den letzten Jahren ruhiger geworden – Denkmalschutz und Denkmalpflege haben sich in der Praxis etabliert. Die hohe Anzahl der Unterschutzstellungen der vergangenen zwanzig Jahre verdeutlicht den anhaltenden Stellenwert. Im Vergleich zur Referenzstudie des Jahres 1985 stieg der Denkmalbestand in den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden um rund 45 Prozent. Die beträchtliche Zunahme der eingetragenen Denkmäler ist als großer Erfolg der nordrhein-westfälischen Denkmalpolitik zu werten. Die erfreulich hohe Rücklaufquote der Befragung spricht für das Interesse der Unteren Denkmalbehörden an einem interkommunalen Vergleich und ihren Wunsch, sich Gehör zu verschaffen. Generell verdeutlichen die Antworten der Befragung ein

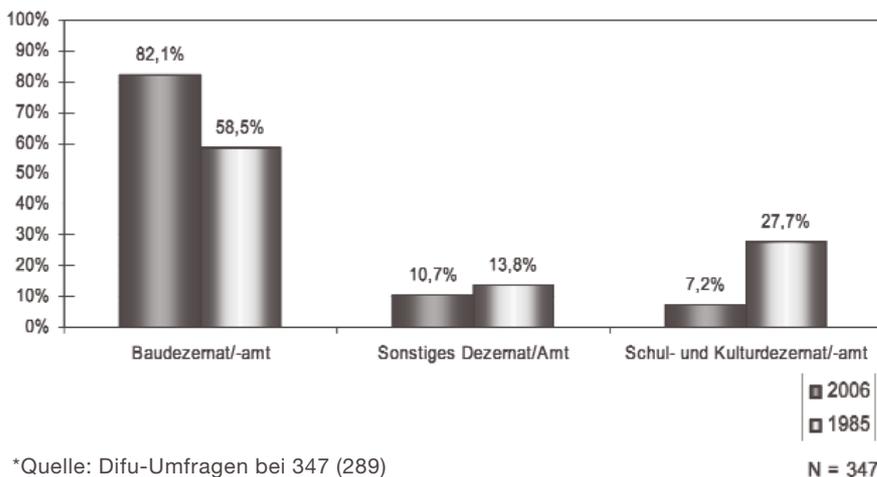
überdurchschnittliches Engagement der kommunalen Denkmalpfleger bei ihrer Arbeit.

Im Hinblick auf die frühzeitige Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Ziele und Erfordernisse in den Konzepten der gemeindlichen Entwicklung hat sich die organisatorische Einbindung der Unteren Denkmalbehörde in das Bau- und Planungsdezernat/-amt der jeweiligen Stadt oder Gemeinde bewährt. Folglich ist in den letzten 20 Jahren der Anteil der Bau- und Planungsbehörden, die für den Denkmalschutz verantwortlich sind, in Nordrhein-Westfalen auch gestiegen.

Der Denkmalbestand summiert sich bei den beteiligten Städten und Gemeinden auf 73 794 Baudenkmäler, 205 Denkmalbereiche, 4 397 Bodendenkmäler und 6 749 Fundstellen. Durch die höhere Wirtschaft- und Siedlungsdynamik und das größere Ausmaß der Kriegsschäden ist der Baudenkmalbestand in den größeren Städten überwiegend jüngeren Alters, – bis zu 70 Prozent der Baudenkmäler in den Großstädten ab 100 000 Einwohnern stammen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Im Hinblick auf die Denkmaldichte schneiden kleine denkmalreiche Gemeinden wie Heimbach und Blankenheim, Dahlem, Rütten, Bad Münstereifel, Kalkar, aber auch Großstädte wie Aachen, Bonn, Wuppertal und Köln am günstigsten ab. Insgesamt sind noch voraussichtlich 13 657 Baudenkmäler einzutragen, davon etwas mehr als die Hälfte allein in den 35 Großstädten. Je größer die Städte umso höher ist auch die Anzahl der noch einzutragenden Baudenkmäler aus der Zeit nach 1945.

Wie und wo ist die Untere Denkmalbehörde (UDB) eingegliedert? – Vergleich der Umfragen 2006 und 1985*



*Quelle: Difu-Umfragen bei 347 (289) nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden 2006 (1985).

Deutsches Institut für Urbanistik 

Gemessen am Denkmalbestand sowie dem Aufgabengebiet und -volumen ist die Personalausstattung mit 250 Vollzeitstellen bzw. 215 Mitarbeitern mit einer fachbezogenen Ausbildung für die kommunale Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen als äußerst gering anzusehen. Dies gilt mehr oder weniger für alle Gemeindegrößenklassen. Nur in jeder zehnten Gemeinde steht mehr als eine Vollzeitstelle zur Verfügung. Der denkmalpflegerische Belang wird nur noch reduziert wahrgenommen.

Für die Aufgabenwahrnehmung in Denkmalschutz und Denkmalpflege sind die drei Verfahrensarten, vor allem die erlaubnispflichtigen Maßnahmen nach § 9 DSchG NW, aber auch die Bescheinigungen nach § 40 und die Eintragungen in die Denkmalliste nach § 3 besonders wichtig. Sie machen einen großen Teil der Aktenvorgänge aus. Zu den drei beschriebenen Verfahrensarten kommt eine beträchtliche Zahl von „sonstigen“ Verfahren hinzu, die in den Gemeinden bearbeitet werden. Dazu gehören unter anderem die Durchführung von Beratungen, die Erteilung von Auskünften, die Bearbeitung von Förderanträgen und die Bewilligung von Zuschüssen, die Auseinandersetzung mit Ordnungswidrigkeiten, Bußgeldern und Widerspruchsverfahren sowie die Erarbeitung von Stellungnahmen. Aber auch Aufgaben wie Inventarisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Stadtgestaltung und die Vertretung des Denkmalschutzes in der Stadtentwicklungs- und Stadtplanung gehören zum Tätigkeitsfeld in der Unteren Denkmalbehörde.

In der Zusammenarbeit mit anderen Unteren Denkmalbehörden wird großer Nutzen gesehen und obwohl sie bereits einen hohen Stellenwert hat – rund 45 Prozent der Städte und Gemeinden geben an, mit anderen Unteren Denkmalbehörden zusammenzuarbeiten – ist die Bereitschaft zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen hoch.

Die Zusammenarbeit mit den Oberen Denkmalbehörden wird unterschiedlich beurteilt. Insgesamt wird ihre Unterstützung jedoch besonders von den Unteren Denkmalbehörden in kleineren Städten und Gemeinden dringend benötigt. Personalmangel in den Oberen Denkmalbehörden erschwert die Arbeitsprozesse in den Unteren Denkmalbehörden. Generell hat sich aber der Aufbau der Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen bewährt. Der Behördenaufbau im Denkmalschutz sollte beibehalten werden.

Die Zusammenarbeit mit den Denkmalpflegeämtern der Landschaftsverbände wird von vielen Gemeinden positiv bewertet. Mit der

Qualität der von den beiden Fachämtern vorgehaltenen Spezialisten für Beratungs- und Dienstleistungen sind 86 Prozent der Gemeinden und damit eine bemerkenswerte hohe Anzahl zufrieden. Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden bemängelt allerdings die personelle Ausstattung der Denkmalpflegeämter. Die Gemeinden beklagen Defizite im Hinblick auf kontinuierliche und feste Besuchstermine, zu wenig Zeit der Konservatoren für Ortsbesichtigungen und Ortstermine sowie oft zu geringe Hilfe, wenn überörtliche Information und Aufklärung in politischen Gremien notwendig wäre, und fordern generell die Verbesserung der Präsenz der praktischen Denkmalpfleger vor Ort. Als hilfreich wird auch eine größere Unterstützung bei Unterschutzstellungsverfahren angesehen. Zahlreiche Untere Denkmalbehörden plädieren deshalb für eine personelle Aufstockung der Fachämter.

Obwohl die Anzahl der Denkmäler in Nordrhein-Westfalen in den letzten 25 Jahren von rund 50 000 auf rund 85 000 gestiegen ist, wurde die Denkmalförderung von rund 28 Millionen Euro auf ca. zwölf Millionen Euro abgesenkt. Das Förderprogramm „Pauschalzuweisung an die Gemeinden“ für die kleinen privaten Denkmalpflegemaßnahmen lief 2006 aus. Damit ist ein wichtiges Anreiz- und Steuerungsmittel im kommunalen Denkmalschutz entfallen. Die positive und stimulierende Wirkung der Pauschalzuweisungen für die Akzeptanz des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die in zahlreichen Städten zu verstärkter Aktivität geführt haben, ist unbestritten. Es ist zu empfehlen, die Pauschalmittel wieder bereitzustellen.

Ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement kann ein wichtiger Baustein im Rahmen des Denkmalschutzes sein. Es ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürger und Gemeinde, wirkt identitätsstiftend und kann – insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit – die Unteren Denkmalbehörden entlasten. Aktuell spielt aktive ehrenamtliche Mitarbeit nur in 14,5 Prozent der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden eine Rolle. Es ist empfehlenswert zu prüfen, inwieweit ehrenamtliches Engagement, dem aktuell in der politischen Diskussion ein hoher Stellenwert eingeräumt wird, auch im Rahmen des Denkmalschutzes stärker eingesetzt werden kann.

Weitere Informationen:

Dr.-Ing., Dipl.-Soz.
Claus-Peter Echter
Telefon: 089/54662102
E-Mail: cpechter@web.de

Dipl.-Ing. Vera Lorke
Telefon: 0221/340308-14
E-Mail: lorke@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner (EA)

Difu unterstützte die Entscheidungsfindung zur Verortung des EA in Nordrhein-Westfalen

Einführung

Das Deutsche Institut für Urbanistik wurde im Oktober 2007 vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME) des Landes Nordrhein-Westfalen gebeten zu prüfen, ob die Entscheidung zur Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EA) durch ein Planspiel unterstützt werden könne.

Das „klassische“ Planspiel, das beispielsweise eingesetzt wird, um Gesetzesnovellierungen im Vorfeld zu testen oder Verkehrskonzepte zu entwickeln, erweist sich für diese Fragestellung als nicht geeignet. Dies hat mehrere Gründe: So erfordert ein Planspiel ausreichend Zeit sowohl im Hinblick auf die Dauer des „Spiels“ selbst als auch im Hinblick auf den Zeitaufwand bei den beteiligten Akteuren. Ein Planspiel benötigt in aller Regel zwischen sechs und zwölf Monaten. Diese Zeit war unter den Rahmenbedingungen, dass spätestens zu Beginn des zweiten Quartals 2008 eine Verortungsentscheidung gefallen sein soll, nicht gegeben. Weiterhin ist zurzeit das Anforderungsprofil des EA noch nicht endgültig festgelegt. Offen sind auch die künftigen IT-Unterstützungsmöglichkeiten und genaue Verfahrensabwicklungen. Vereinbart wurde daher im Wesent-

lichen ein prozessanalytisches Verfahren, das einem Planspiel angenähert ist. Dies wurde von November 2007 bis Februar 2008 umgesetzt.

Ziel, Rahmenbedingungen, Vorgehen

Ziel des vereinfachten Planspiels war eine möglichst gute Entscheidungsvorbereitung und -unterstützung für die Verortung des EA durch ein weitgehend objektives Verfahren. Die Entscheidung selbst wird durch die Politik im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses voraussichtlich im April/Mai 2008 getroffen.

Grundlagen eines Planspiels sind präzise Beschreibungen und Festlegungen der von den Planspielern zu bearbeitenden Aufgaben (Fallkonstellationen), der Bewertungskriterien und ihrer Gewichtung, der einzelnen Verfahrensschritte, des zeitlichen Ablaufs sowie der Verantwortlichkeiten.

Das Deutsche Institut für Urbanistik fungierte in dem Prozess als „neutraler Dritter“, moderierte die einzelnen Schritte des Planspiels, gab den methodischen Rahmen vor und bereitete Arbeitsgruppensitzungen inhaltlich vor und nach.

Zeitplan: Planspiel Verortung EA

		Kalenderwoche 2007/2008																
		45	46	47	48	49	50	51	52	1	2	3	4	5	6	7	8	9
		November				Dezember				Januar				Februar				
A1	Workshop Klärung Vorgehen „Planspiel EA“	7.11.																
A2	Klärung Fallkonstellationen				29.11.													
A3	Konzeption Kriterienraster			29.11.														
A4	Ansprache „Planspieler“; Klärung der grundsätzlichen Bereitschaft																	
A5	Workshop mit „Planspielern“ zur Einführung in Methode, Bewertungskriterien							14.12.										
A6	„Planspiel“																	
A7	Workshop: 1. Ergebnisse „Planspiel“ AG Kriterienraster												28.1.					
A8	Abschlusspräsentation der Ergebnisse																	25.2.

Das Kriterienraster – wesentlicher Baustein der Auswertung des Planspiels – die Gewichtung der Kriterien und die eigentliche Auswertung der Planspielergebnisse erfolgten ebenfalls durch das Difu. Die Durchführung, Konkretisierung und Umsetzung des Prozesses lag bei den Teilnehmern der AGs, den „Planspielern“ sowie dem MWME.

Planspieler

In dem vereinfachten Planspiel sollten die zurzeit in NRW diskutierten Verortungsmodelle „Allkammermodell“, „Kooperationsmodell“ und „Kommunalmodell“ geprüft werden. Das Allkammermodell, nach dem sämtliche Kammern die Funktionalität des EA übernehmen sollen, war im Planspielprozess durch eine Handwerkskammer, eine Industrie- und Handelskammer sowie Architektenkammer und Rechtsanwaltskammer – als Stellvertreter für Freiberuflerkammern – vertreten. Stellvertretend für das Kommunalmodell spielten eine Großstadt und zwei Kreise die Fallkonstellationen durch. Das Kooperationsmodell Kommune – Kammer wurde stellvertretend durch die Startercenter dargestellt, da hier Kammern und Kommunen bereits institutionalisiert, allerdings auf freiwilliger Basis und mit anderen Aufgaben (Existenzgründungsberatung), in unterschiedlicher Federführung zusammenarbeiten.

Im Unterschied zu einem klassischen Planspiel wurden also keine fiktiven Organisationsmodelle der Etablierung des EA konstruiert, sondern die Möglichkeiten und Grenzen der Fallbearbeitung im Rahmen bestehender Organisationsmodelle durchgespielt.

Fallkonstellationen

In gemeinsamer Diskussion mit den Planspielern wurden systematisch neun typische Fallkonstellationen und Einzelfälle festgelegt. Unterschieden wurde zwischen

- Dienstleistern aus dem EU-Ausland, die ihren Geschäftssitz verlagern wollen,
- ausländischen Dienstleistern, die lediglich regelmäßig Dienstleistungen erbringen wollen, ohne jedoch den Geschäftssitz zu verlegen,
- inländischen Dienstleistern, die der bisherigen Erfahrung nach ohnehin die größte Gruppe der Nachfrager stellen werden.

Zudem wurde nach „verkammerten“ und „nicht-verkammerten“ Berufsgruppen unterschieden.

Die Anliegen nehmen Bezug auf die Aufgaben, die der EA nach dem bislang vorliegenden Anforderungsprofil erfüllen soll. „Jedermann-Anliegen“ (also nicht-wirtschaftsbezogene Anliegen) wurden nicht einbezogen. Differenziert wurde zudem in einfache und komplexe Prozesse.

Ausgewählter Beispielfall: Niederlassung eines ausländischen Dienstleiters

Bislang betreibt Mr. Smith einen Friseursalon in Birmingham. Er möchte mit seiner Familie seinen Wohnsitz nach Deutschland verlegen und dort auch beruflich tätig werden. Durch das Internet und einen eingeschalteten Makler hat er bereits einen geeigneten Standort für seinen Betrieb und eine Wohnung gefunden. Der Vornutzer der Gewerbeimmobilie hat seinen Friseursalon bereits vor einem Jahr geschlossen.

Mr. Smith wird selbst in seinem Salon tätig sein, zwei sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen sowie zwei 400-Euro-Stellen.

Um ein Alleinstellungsmerkmal zu haben, möchte Mr. Smith seinen Kunden die Möglichkeit geben, in seinem Salon den Friseurbesuch mit einem Cafebesuch (Sandwiches, Kuchen, Sekt, Bier) zu verknüpfen. Wegen des Nichtraucherschutzgesetzes möchte Mr. Smith in der warmen Jahreszeit eine kleine Außengastronomie mit identischem Getränke- und Speisenangebot (insgesamt vier Tische) neben seinem Eingang betreiben.

Kriterienraster

Ziel des vom Difu entwickelten Kriterienrasters war es, möglichst umfassend und vollständig die Aspekte zu erfassen, die in die Verortungsfestlegung des EA einbezogen werden (sollten). Grundlage waren vor allem die Argumente in der Verortungsdiskussion und das Anforderungsprofil für den EA (jeweils Stand 1.10.2007). Für einen Teil der Kriterien können die Bewertungen aus dem Planspiel heraus beantwortet werden. Für weitere Kriterien, die Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, Kosten etc. betreffen, müssen andere Quellen zur Bewertung hinzugezogen werden. Damit ist das Kriterienraster mehr als „nur“ ein Bewertungsrahmen für die Ergebnisse des Planspiels. Umgekehrt ist das Planspiel damit ein wichtiger Baustein in der Verortungsentscheidung und schlägt in den Gesamtergebnissen mit einem Gewicht von 35 Prozent zu Buche.

Zu den Kriterien, die aus dem Planspiel heraus beantwortet werden können, gehört zum Beispiel die Zahl der Genehmigungs-

Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020

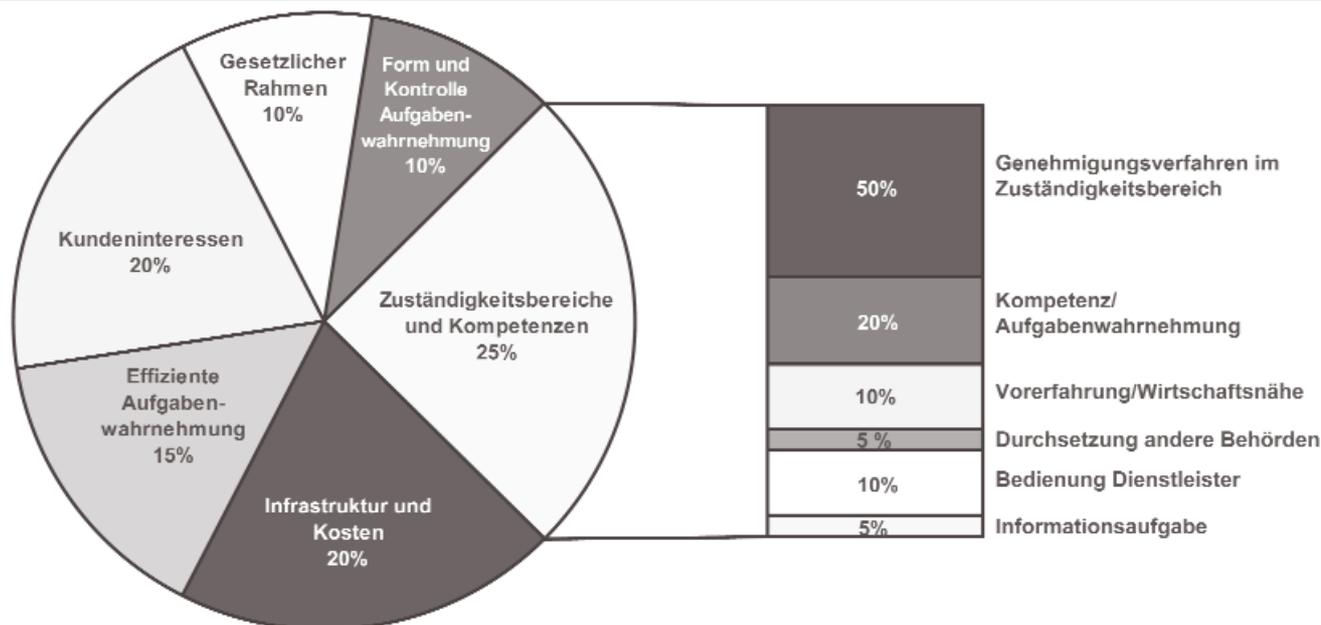
Wie hoch ist der kommunale Investitionsbedarf in den nächsten Jahren? Das Difu legte in den letzten Jahrzehnten bereits drei dieser aufwändigen Schätzungen des kommunalen Investitionsbedarfs vor. Zentrale Ergebnisse der neuen Difu-Studie werden am 21.4.2008 in Berlin vorgestellt.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Bereiche Leitungsinfrastruktur, Schulen, Straßen, ÖPNV, Krankenhäuser sowie Verwaltungsgebäude.

Die Schätzung knüpft methodisch an die früheren Studien an: Dazu gehört auch eine differenzierte Betrachtung des Investitionsbedarfs nach alten und neuen Bundesländern. Zudem wird auf die Ursachen des vorhandenen Investitionsrückstands bei der kommunalen Infrastruktur eingegangen und geprüft, in welcher Form Instrumente wie Public Private Partnership (PPP) dazu beitragen können, wieder größere Investitionsspielräume zu erhalten.

**Programmflyer,
Anmeldemöglichkeiten
und Rückfragen zum
Kommunalkongress:**
[www.difu.de/presse/
080620investitions-
schaetzungskongress.pdf](http://www.difu.de/presse/080620investitions-schaetzungskongress.pdf)

Gewichtung der Kriterien



Deutsches Institut für Urbanistik 

und Bewilligungsverfahren im jeweiligen Zuständigkeitsbereich, operationalisiert über die Zahl der Verfahren in der jeweiligen Kompetenz. Dieses Kriterium lässt sich aus der Lösung der Fälle, also aus den Planspielergebnissen, auszählen und hat eine besonders hohe Zuverlässigkeit. Zudem ist es im Sinne der Dienstleistungsrichtlinie, die die Interessen des Dienstleisters in den Vordergrund stellt, ein entscheidendes Kriterium. Daher erhält dieses Kriterium an allen Kriterien ein Gewicht von zwölf Prozent, an den Planspielkriterien von gut einem Drittel. Auch Fragen der Notwendigkeit zusätzlicher IT-Infrastruktur und der Kosten, die für den Aufgabenträger während der Einrichtung des EA und in der Umsetzung der Aufgaben entstehen, sind wichtige Kriterien. Sie schlagen mit 20 Prozent an allen Kriterien zu Buche, können jedoch nicht aus den Ergebnissen des Planspiels beantwortet werden. Hier ist es erforderlich andere Datenquellen, beispielsweise am Statistischen Landesamt, aus Untersuchungen des Innenministeriums, heranzuziehen.

Das Kriterienraster gliedert sich in sechs übergeordnete Kriterienbereiche mit einem bis sechs einzelnen Kriterien in jedem Bereich und es enthält insgesamt 19 Einzelkriterien. Die operationalisierten Kriterien sind nominal, ordinal oder dichotom (ja/nein) skaliert.

Gewichtung der Kriterien

Methodisch ist es sinnvoll, das Kriterienraster als Gesamtheit zu behandeln, alle Kriterien untereinander zu gewichten und nicht

nur die Planspielkriterien herauszugreifen. Damit wird der Gesamtkontext deutlich und die Ergebnisse werden transparent und nachvollziehbar.

In der Auswertung kann für jedes Kriterium ein Wert zwischen null und zehn Punkten vergeben werden. Bei den quantitativen Kriterien lässt sich dieser Wert durch Auszählen ermitteln, bei den qualitativen Kriterien wird mit Skalen gearbeitet, so dass für jede der drei Verortungsoptionen ein Ergebnis – als Zahl – errechnet werden kann. Dieses Ergebnis muss dann über alle Kriterien und über die Planspielkriterien gewichtet werden. Die Einzelgewichte der Kriterien ergeben sich, wie kurz beschrieben, aus deren Bedeutung für die Verortungsentscheidung.

Weiteres Vorgehen

Die Ergebnisse des „Planspiels“ wurden am 25.2.2008 im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in Düsseldorf in Gegenwart des Wirtschaftsstaatssekretärs vorgestellt. Dabei wurde auch das weitere Verfahren vereinbart, um in den nächsten drei Monaten zu einer grundsätzlichen Entscheidung über die Verortung des Einheitlichen Ansprechpartners zu kommen und damit noch hinreichend Zeit für die Umsetzung zu haben.

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat.
Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de

Verfügungsfonds und Mikrofinanzierungen

Instrumente der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung

Stadtteilbezogene Entwicklungsansätze wie der WHO-Setting-Ansatz (Gesundheitsförderung in dem Lebensbereich durchführen, in dem Menschen einen großen Teil ihrer Zeit verbringen) oder der „Soziale Stadt“-Ansatz stellen umfassende Ansprüche an Beteiligung. Ziel der Beteiligung ist es, Bewohner eines Stadtteils dazu zu befähigen, ihre Interessen selbst zu artikulieren und sich zu Akteuren des lokalen Entwicklungsprozesses zu machen. Auf diese Weise können, so die Modellvorstellung, die persönlichen Lebensverhältnisse, die Organisationsstrukturen und Angebote, die Lebensumwelt im Stadtteil sowie subjektive Aspekte wie das eigene Wohlbefinden und das Gefühl, selbst Einfluss nehmen zu können, verbessert werden. Ein wichtiges Instrument zur Entfaltung des lokalen bürgerschaftlichen Engagements ist ein durch Stadtteilgremien selbstverwaltetes Budget. Abgeleitet aus den positiven Erfahrungen der Sozialen Stadt wird die Fonds-idee gegenwärtig im Rahmen des Forschungsprojekts „Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung“ in drei Fallstudienstadtteilen erprobt. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für rund drei Jahre (September 2006 bis April 2009) gefördert. Kooperationspartner sind die Städte Fürth, Halle und Hamburg sowie der BKK-Bundesverband. Die Techniker Krankenkasse unterstützt die Stadtteile zudem im Rahmen der Settingförderung „Gesunde Kommune/Gesunder Stadtteil“.

Verfügungsfonds in den Gebieten der Sozialen Stadt

Unter unterschiedlichen Bezeichnungen (Stadtteilbudgets, Verfügungsfonds, Aktionsfonds oder Gebietsfonds) werden den Quartiersmanagements Mittel zur schnellen und unbürokratischen Projektfinanzierung an die Hand gegeben. Die Ergebnisse einer vom Difu als Bundestransferstelle Soziale Stadt 2005/2006 durchgeführten Befragung in den Programmgebieten Soziale Stadt zeigen, dass gut die Hälfte der Gebiete über einen solchen Fonds verfügt. Die Höhe der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel liegt meist zwischen 10 000 und 25 000 Euro im Jahr. In Berlin gab es mit dem Modell des Quartiersfonds, in dem über einen Zeitraum

von zwei Jahren jedem Quartier 500 000 Euro zur Verfügung standen, eine besonders ehrgeizige Variante des Verfahrens, die insgesamt als Erfolg gewertet wurde.

Die Mittelvergabe ist in den einzelnen Gebieten unterschiedlich geregelt. Sie reicht von der Vergabe durch das Quartiermanagement über die Vergabe in Kooperation mit Gremien, in denen lokale Akteure und Bewohnerschaft vertreten sind, bis hin zur Vergabe durch eigens eingerichteten Bürgerjurs.

Die Evaluationen der Bundes- und Landesprogramme belegen die gute Wirkung: „Der unmittelbare Zugriff auf einen Fonds schafft einen konkreten Anlass für Mitwirkung, motiviert die Beteiligten und zeitigt rasche und kontrollierbare Ergebnisse.“ In der schnellen Realisierbarkeit des lokal entstandenen Bedarfs liegt eine besondere Stärke des Instruments. Es hat sich gezeigt, dass es häufig die vielen, kostenmäßig eher kleinen Projekte sind, die freiwilliges Engagement vor Ort ergänzen und ermöglichen. In der Mehrzahl konnten soziale und gemeinwesenorientierte Projekte von der Förderung profitieren. Dabei wurde in den verschiedenen Evaluationen der kritische und sparsame Umgang der Jurs mit den zu vergebenden Mitteln betont. Das begrenzte Budget hat außerdem eine Diskussion über Prioritäten und Strategien bei der Förderung entfacht.

Modell der gesundheitsfördernden Mikroprojektförderung im Stadtteil

Die ersten empirischen Erfahrungen im Forschungsprojekt belegten den Bedarf für ein solches Instrument für Mikrofinanzierungen in der gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung. Gerade durch die nicht-investive Bindung der Sozialversicherungsmittel kann ein solches Gesundheitsförderungsbudget in idealer Weise Verfügungsfondsmittel komplementieren. Das Difu hat zusammen mit den Praxispartnern in Hamburg-Altona Lurup ein Modell für eine solche Fondsförderung entwickelt:

Im Rahmen von vorab definierten Vergabekriterien werden für kleinere, schnell zu realisierende Projekte „Mikrofinanzierungen“

Tipps zum Weiterlesen:

- Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“, Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Difu Berlin 2006.
www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/
- Evaluation der Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999–2002. Empirica, 2003.
www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/
- Die Soziale Stadt – Ergebnisse der Zwischenevaluierung. IfS Berlin 2004.
www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/
- Hans-Norbert Mayer, Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm – Zwischenevaluierung 2003 in acht Quartieren. Hamburg 2003.
www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/
- Der Quartiersfonds. Ein Berliner Modell der Bürgerbeteiligung 2004. Hrsg. von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin 2004.
www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/de/download.shtml

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Gesine Bär
Telefon: 030/39001-299
E-Mail: baer@difu.de

zur lokalen Gesundheitsförderung durch lokale Vergabegremien bewilligt. Bei der Bewilligung ist an die Verfahren der sozialen Stadtteilentwicklung anzuknüpfen, die, sofern noch nicht erfolgt, auch die Bewohnerschaft des Fördergebiets einbeziehen sollte.

Ziel des Verfahrens ist es, neben der Stärkung von lokaler Verantwortung und Partizipation einen passgenauen, unbürokratischen und zügigen Mitteleinsatz zu ermöglichen. Den Zuwendungsgebern wird der Aufwand einer kleinteiligen Mittelbewilligung und -abrechnung erspart. Seitens der Krankenkassen wird für eine Bereitstellung solcher „Setting-Budgets“ ein klares Bekenntnis der Kommune zur (gesundheitsfördernden) Stadtteilentwicklung sowie die Kompatibilität mit den Kriterien des „Leitfaden Präven-

tion“ der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Umsetzung des §20 SGB V vorausgesetzt.

Die Umsetzung des Instruments der gesundheitsfördernden Mikrofinanzierungen wird in den drei am Projekt beteiligten Fallstudienstädten sehr unterschiedlich verlaufen. Die Beteiligten (Krankenkassen und lokale Koordination) steuern nun das Ziel an, am Ende der Pilotphase pauschale Bewilligungen von qualitätsgesicherten Vergabeprozessen durch die Krankenkassen zu etablieren. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird der Praxistest wissenschaftlich begleitet und geprüft, inwieweit Verfügungsfondsmodelle für die gesundheitsfördernde Setting-Entwicklung einsetzbar sind.

Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Veranstaltungsleitung:

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Anmeldungen:

Sylvia Bertz
Telefon: 030/39001-258
E-Mail: bertz@difu.de

Programm:

www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1445

Der 38. Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung findet in diesem Jahr vom 28.–30. Mai 2008 in Stuttgart statt. Stadterneuerung und Stadt-(teil)entwicklung unterliegen dort Rahmenbedingungen, die durch einen anhaltenden ökonomischen und technologischen Strukturwandel gekennzeichnet sind, der zwar erhebliche Anpassungsprobleme mit sich bringt, aber auch neue Chancen eröffnet. Die Stadt Stuttgart reagiert hierauf mit unterschiedlichen Strategien der Aufwertung, Revitalisierung, Modernisierung und Bestandssicherung.

Stuttgart betreibt seit der ersten Stunde in großem Umfang Sanierungsverfahren, darüber hinaus gibt es sechs Soziale-Stadtgebiete sowie ein Gebiet im Rahmen des Stadtumbau West. Großes Augenmerk gilt derzeit dem Erhalt und der Umstrukturierung von Siedlungen der Zwischen- und Nachkriegszeit. Zum Stadtgebiet gehören zahlreiche Dörfer, in denen unter anderem auch klassische Ortskernsanierungen umgesetzt werden.



Quelle: Emmerdinger TORheiten, Bd. 2,
Verena und Klaus Nunn, 2005

Regionale Clusterinitiativen und Netzwerke erfolgreich steuern

Konferenz zu Wissensbilanzen als Instrument für Management und Politik

Cluster sind „in“: Viele Städte und Regionen unterstützen im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderungstätigkeiten die Vernetzung von Unternehmen und Wissenschaft in bestimmten Branchen und Technologiefeldern. Sie wollen damit Synergien, Lerneffekte und Innovationen fördern und die Wettbewerbsfähigkeiten der eigenen Stadt oder Region stärken. Welche Instrumente stehen Netzwerkmanagern und politischen Entscheidungsträgern aber zur Verfügung, um fundierte Informationen zum Stand ihrer Netzwerkaktivitäten zu liefern, Arbeitserfolge zu überprüfen und in der Öffentlichkeit darzustellen?

Rund 70 Wissenschaftler und Praktiker aus Politik und Verwaltung trafen sich Mitte November 2007 zu einer internationalen Fachkonferenz im Ernst-Reuter Haus, um sich über das Management der Cluster und Netzwerke auszutauschen. Im Mittelpunkt standen dabei die Ergebnisse des EU-Projekts RICARDA. Im Rahmen dieses vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) koordinierten Projekts testeten Wissenschaftler und Praktiker aus Österreich, Schweden, Ungarn und Deutschland in den letzten zwei Jahren mit der Wissensbilanzierung eine ursprünglich für Unternehmen entwickelte Methode und passten sie für regionale Netzwerke an. Wissensbilanzen (engl. intellectual capital reports) unterstützen Management und Politik bei der Entwicklung von Clusterinitiativen, indem sie über die immateriellen Aspekte von Netzwerken Auskunft geben: Über welches Know-how verfügen die Mitglieder? Wie gestaltet sich ihre Kooperation? Wie sind die Beziehungen zum Umfeld?

Zu Beginn der Veranstaltung stellten Dr. Dimitri Corpakis und Dr. Gabriele Rose von der Europäischen Kommission die Bedeutung von Clustern in der europäischen Forschungs- und Strukturpolitik heraus und informierten über aktuelle Initiativen und Fördermöglichkeiten.

Im Mittelpunkt des Vormittags stand die Präsentation des neuen RICARDA-Leitfadens, der die im Projekt erarbeitete Methode der

Wissensbilanzierung für Cluster- und Netzwerkinitiativen für die Praxis nachvollziehbar aufbereitet.

Im Rahmen von Workshops stellten Netzwerkmanager aus den vier RICARDA-Regionen Stuttgart, Steiermark (A), Stockholm (S) und West-Pannonien (HU) ihre Erfahrungen mit der Erarbeitung von Wissensbilanzen für unterschiedliche Netzwerktypen vor. So berichtete Achim Czaykowska vom Managementteam des VDC Fellbach, einem Kompetenzzentrum im Bereich der digitalen Produktentwicklung der Region Stuttgart, dass die im Zusammenwirken mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart und dem Deutschen Institut für Urbanistik erarbeitete Wissensbilanz wichtige Informationen über die strategische Weiterentwicklung dieses Netzwerks bereithalte. Sie habe sich aber auch gegenüber Politik, Verwaltung und der Fachöffentlichkeit als ein hilfreiches Kommunikationsinstrument erwiesen. Zoltán Kabács, Geschäftsführer des Pannon Automotive Clusters, hob als besonders positiv hervor, dass die Aufstellung der Wissensbilanz vielen Netzwerkmitgliedern eine willkommene Gelegenheit zur Beteiligung an der strategischen Reorientierung eröffnet habe.

Die abschließende Podiumsdiskussion zum Stand „guter Praxis“ im europäischen Clustermanagement machte deutlich: Instrumente wie die Wissensbilanzierung können einen wichtigen Beitrag leisten. Letztlich komme es an dieser Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auch auf die richtigen Personen und deren fachlichen, sozialen und kommunikativen Kompetenzen an.

Eine Dokumentation der Vortragsfolien (in englischer Sprache) steht im Internet unter <http://www.ricarda-project.org/news/> zum Download zur Verfügung.



Leitfaden zu Wissensbilanzen

Der Leitfaden zur „RICARDA-Methode“ (englisch und deutsch) unterstützt Manager von Cluster- und Netzwerkinitiativen dabei, eigene Wissensbilanzen zu erstellen und damit Informationen für die tägliche Arbeit und die weitere Strategieentwicklung zu gewinnen. Der Leitfaden informiert über die Einsatzmöglichkeiten der Wissensbilanz als Strategiewerkzeug für das Netzwerkmanagement und zeigt Möglichkeiten auf, wie Wissensbilanzen als Informationsquelle für die Politikgestaltung sowie als Instrument für die interne und externe Kommunikation genutzt werden können.

Der Leitfaden ist kostenfrei im Internet abrufbar:
www.ricarda-project.org/downloads/ricarda-leitfaden.pdf
Projektinformationen:
www.ricarda-project.org/

Weitere Informationen:

Dipl.-Verw.Wiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/399001-154
E-Mail:
zwicker-schwarm@difu.de
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Lösungen für einen effizienten Umgang mit Grund und Boden

Erste Ergebnisse des BMBF-Forschungsvorhabens REFINA vorgestellt



Download:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=CI6P45WH>



Blick ins Plenum

Podiumsdiskussion
„Transfer in die Praxis“
von links: Thomas Zill, LEG Thüringen; Hartmut Teichmann, Kreis Pinneberg; Simon Burger, DStGB; Silke Hildebrandt, Projektträger Jülich; Birgit Böhm, Birgit Böhm, Wolfgang Kleinelimberg GbR; Norbert Schröder-Klings, Stadt Freiburg

In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes ist die Verminderung der Flächeninanspruchnahme durch nachhaltiges Flächenmanagement als zentrale Zukunftsaufgabe definiert. Bis zum Jahr 2020 sollen durch Qualitätssteuerung und Mengenbegrenzung wichtige Ziele erreicht werden: Die Entwicklung im Innenbereich der Kommunen soll auf ein Dreifaches der derzeitigen Außenentwicklung gesteigert und zugleich die tägliche Inanspruchnahme von

Boden für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar pro Tag verringert werden.

Diese anspruchsvolle Herausforderung wird im Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aufgegriffen. Im Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten steht die Entwicklung von Lösungen für einen effizienten Umgang mit Grund und Boden. Basierend auf bereits vorliegenden Forschungsergebnissen und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen werden von 2006 bis 2010 innovative Lösungsansätze und Strategien für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme sowie ein nachhaltiges Flächenmanagement erarbeitet und in Form von Demonstrationsvorhaben geprüft und umgesetzt. Im Vordergrund stehen dabei die Entwicklung räumlicher, rechtlicher, ökonomischer, organisatorischer oder akteursbezogener Innovationen sowie die Modifikation bestehender Instrumente, Strategien und Vorgehensweisen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) begleitet den BMBF-Förderschwerpunkt REFINA dabei projektübergreifend.

Am 3. und 4. März 2008 trafen sich über 150 Akteure aus 44 REFINA-Forschungsverbänden im Deutschen Institut für Urbanistik



Fotos Seiten 14 und 15: Thomas Preuß



Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
 Telefon: 030/39001-189
 E-Mail: bock@difu.de
 Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
 Telefon: 030/39001-265
 E-Mail: preuss@difu.de
 www.refina-info.de

Das Projekt „Freifläche – Jugend kommuniziert Flächenverbrauch“ entwickelt innovative didaktische Methoden zur Untersuchung, Dokumentation und Bewertung des Problems Flächenverbrauch mit Schülern von drei ausgewählten Schulen.

zum zweiten REFINA-Statusseminar. Da die zielgerichtete Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse und die Gestaltung der Kommunikationsprozesse für den langfristigen Erfolg der Maßnahmen entscheidend sind, werden sie in den REFINA-Vorhaben besonders berücksichtigt. Im Mittelpunkt des ersten Tages stand daher das Thema „Kommunikation von Nachhaltigkeit“. Die Kommunikation für eine nachhaltige Flächennutzung – insbesondere der flächenpolitischen Nachhaltigkeitsziele – erweist sich in der Praxis erfahrungsgemäß als äußerst schwierig. Untersuchungen ergaben, dass die meisten Vermittlungsformen zu kompliziert sind, zu viele und zu unterschiedliche Botschaften transportieren oder auch zu allgemeine Aussagen machen. Wichtige Adressaten wie Kommunalpolitik und -verwaltung, bau- und umzugswillige Privathaushalte, Grundstückseigentümer/innen sowie Wirtschaft, Gewerbe und Einzelhandel werden so kaum erreicht.

Der Kommunikation von Nachhaltigkeit widmete sich deshalb bereits der einleitende Vortrag der Veranstaltung. Prof. Dr. Clemens Schwender (Jacobs University Bremen) stellte neue Erkenntnisse aus der Nachhaltigkeitskommunikation vor und beschrieb praktische Anwendungsmöglichkeiten für die Kommunikationsarbeit im Rahmen von REFINA. Vertieft wurde der zentrale Aspekt der Kommunikation in Arbeitsgruppen zu Unterthemen wie Zielgruppenansprache

und Milieus, Boden- und Flächeninformationen, Kosten der Flächeninanspruchnahme und interkommunale Kooperation.

Der zweite Veranstaltungstag war ersten Ergebnissen aus den verschiedenen REFINA-Vorhaben gewidmet: Forschungsergebnisse aus sieben demnächst abgeschlossenen Projekten wurden vorgestellt und diskutiert.

Beim Podiumsgespräch zum Abschluss der Veranstaltung ging es schließlich um den Transfer der neu gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis. Die Erfahrungen aus den REFINA-Vorhaben verdeutlichten besonders, dass die entwickelten Instrumente, Strategien und Vorgehensweisen zur Erreichung der flächenpolitischen Ziele nur gemeinsam mit den Kommunen ein- bzw. umgesetzt werden können. Die Stärkung der interkommunalen Kooperation und verbesserte Informationen über vorhandene Flächenpotenziale zur Stärkung der Innenentwicklung sind zentral für die nachhaltige Flächennutzung.

Insgesamt wurde deutlich, dass Fragen der Kommunikation im Förderschwerpunkt REFINA weiterhin einen hohen Stellenwert haben, um die optimale Verbreitung der Ergebnisse sowie deren Anwendung in der Praxis des nachhaltigen Flächenmanagements in Kommunen und Regionen zu erreichen.

Dr. Birgit Metz vom
 Bundesministerium für Bildung
 und Forschung (BMBF)



Normalisierung ist Erfolg – ein Tagungsbericht

„Weder Abenteuerland noch Verbannung. Auslandsaufenthalte als Bestandteil der Hilfe zur Erziehung (§ 27 SGB VIII)“ war das Thema der Fachtagung, zu der der Verein für Kommunalwissenschaften (VfK) am 10. und 11. Dezember 2007 nach Berlin einlud. Kooperationspartner waren der Bundesverband Erlebnispädagogik e.V., der Arbeitskreis Individualpädagogischer Maßnahmen Nordrhein-Westfalen e.V. (AIM) und der Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe (BVkE). An der Veranstaltung nahmen insgesamt ca. 270 Fachkräfte, vorrangig aus der Kinder- und Jugendhilfe, teil.

Die – nach einer ersten Initiative von Heike Lorenz, der Vorsitzenden des Bundesverbandes Erlebnispädagogik – vorgetragene Idee, eine solche Tagung anzubieten, wurde mit Interesse vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie vom Auswärtigen Amt aufgegriffen. Anlass dazu gaben Vorkommnisse, die im „Gastgeberland“ zu Konflikten führten, die teilweise sogar das diplomatische Verhältnis zwischen Gast- und Herkunftsland der Jugendlichen belasten. Und vor diesem Hintergrund ist es auch aus Sicht der Politik berechtigt, Qualität in der praktischen Umsetzung von Auslandsaufenthalten Jugendlicher sowie einen Nachweis über die Wirksamkeit dieser Methode einzufordern.

„Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden Auslandsaufenthalte als Merkmal der Hilfen zur Erziehung erst ab dem Jahr 2007 erfasst. Erste Ergebnisse werden 2008 vorliegen. Am Institut für Erlebnispädagogik e.V. an der Universität Lüneburg wird seit 1. November 2006 bis 31. Oktober 2008 ein Forschungsprojekt über individualpädagogische Maßnahmen im Ausland durchgeführt. Nach den Auswertungen der Jugendamtsbefragung befanden sich im Dezember 2006 deutschlandweit etwa 600 Kinder und Jugendliche in Auslandsmaßnahmen.“ Am häufigsten wurden dabei die Länder Polen, Spanien, Portugal, Namibia, Griechenland, Rumänien und Italien belegt, das heißt, dass 76,6 Prozent der Maßnahmen in Ländern der Europäischen Union durchgeführt wurden. Eine bereits 1998 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie kam zu dem Ergebnis, dass „intensivpädagogi-

sche Maßnahmen im Ausland aus pädagogischer Sicht sinnvolle und effiziente Hilfeangebote sein und in besonders gelagerten Fällen eine wertvolle Ergänzung der Hilfen zur Erziehung im Inland darstellen können“, wie in der Bundestagsdrucksache 16/6572 nachzulesen ist.

Deshalb ging es bei der Tagung insbesondere darum, wie diese spezielle Form der Hilfe zur Erziehung durch eine bessere Umsetzung bzw. Kontrolle und vielleicht auch durch eine Erweiterung der geltenden fachlichen Standards wirksamer abgesichert werden kann. Ziel war also, im Sinne einer kritischen Bestandsaufnahme darüber zu diskutieren, ob bzw. wie die Steuerung von Hilfe zur Erziehung im Ausland entsprechend den im Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) formulierten Kriterien gut und qualifiziert umgesetzt werden kann und ob die vorgegebenen Rahmenbedingungen hierzu ausreichen.

Wie gute Praxis idealerweise sein sollte und wo die Probleme herkommen

Nach der Eröffnung der Tagung wurden deshalb nicht sofort die mit Auslandsaufenthalten schwieriger Jugendlicher verbundenen Probleme diskutiert, sondern zunächst im Plenum noch einmal dargestellt, wie ein idealtypischer Verlauf einer Hilfe zur Erziehung im Ausland aussehen sollte, damit sie am Ende auch erfolgreich sein kann. Dieser Part wurde von Heike Lorenz, Gerd Lichtenberger, Geschäftsführer der „LIFE Jugendhilfe GmbH“, Bochum, und Vorsitzender des Arbeitskreises Individualpädagogische Maßnahmen Nordrhein-Westfalen e.V. (AIM), Köln sowie Hubert Perschke, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V. (BVkE), Freiburg, übernommen.

Anschließend positionierten sich Ministerialrat Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Dr. Götz Schmidt-Bremme, Leiter des Referates für internationales Zivil-, Handels- und Arbeitsrecht vom Auswärtigen Amt Berlin zur Tagungsproblematik und eröffneten den Teilnehmern damit den Zugang für die geplante Diskussion über die strittigen Punkte.

Abendforum:
Heike Lorenz, Bundesverband Erlebnispädagogik e.V., Dortmund; Dr. med. Peter Platiel, Gesundheitsdienst, Auswärtiges Amt, Berlin



Fünf vor zwölf? Das Fünkchen glüht immer noch

Prof. Wiesner erläuterte nochmals die Intentionen des KICK und bilanzierte, dass eine Qualitätsverbesserung, insbesondere im Hinblick auf stärkere Kontrollen der Hilfsmaßnahmen im Ausland und eine bessere Qualifizierung der Mitarbeiter notwendig sei, damit die Forderung, Auslandsaufenthalte Jugendlicher aus dem Maßnahmenkatalog der Kinder- und Jugendhilfe zu streichen, nicht lauter werde. Dr. Schmidt-Bremme benannte die vom Auswärtigen Amt beobachteten Problemfelder. Er machte deutlich, dass das Auswärtige Amt für das Ansehen Deutschlands Sorge trage sowie für den konsularischen Schutz Deutscher weltweit und er wies dabei unter anderem auf folgende problematische Aspekte hin, die im Zusammenhang mit individualpädagogischen Maßnahmen auffälliger Jugendlicher stehen:

- Die Jugendlichen begehen im Ausland (weitere und teils schwere) Straftaten. Erschwerend wirkt sich aus, wenn das Straf- und Strafprozessrecht des Gastlandes erheblich von europäischen Standards abweicht.
- Die Jugendlichen werden Opfer von (strafbaren) Handlungen anderer Personen.
- Es gibt Verletzungen der Rechtsvorschriften des Gastlandes durch die Betreuer, besonders in den Bereichen Ausländer-, Arbeits- und Steuerrecht.
- Oft ungenügende Ausbildung und Befähigung der Betreuer bzw. der Gasteltern.

Dr. Schmidt-Bremme plädierte nachdrücklich für eine qualifizierte Risikoabwägung bei der Entscheidung, welche Jugendlichen für Auslandsaufenthalte in Frage kommen und dafür, das Gebot der Zusammenarbeit mit den Auslandsvertretungen und die Rechtsvorschriften des Gastlandes, besonders in den Bereichen Ausländer-, Arbeits- und Steuerrecht, einzuhalten. Und er wies auch darauf hin, dass Jugendliche im Ausland voll dem Strafrecht in dem jeweiligen Land unterliegen, was eine besondere Sorgfalt bei der Auswahl der Jugendlichen erfordert.

Was rechtfertigt also das Risiko im Ausland? Was ist das Positive daran?

Wie kann man Auslandsaufenthalte Jugendlicher qualitativ besser und krisensicher(er) machen? Dazu wurde in sieben verschiedenen Foren zu folgenden Schwerpunktthemen diskutiert:

- Hilfeplanung im Jugendamt: Wege der Entscheidungsfindung für eine Hilfe nach § 27 SGB VIII

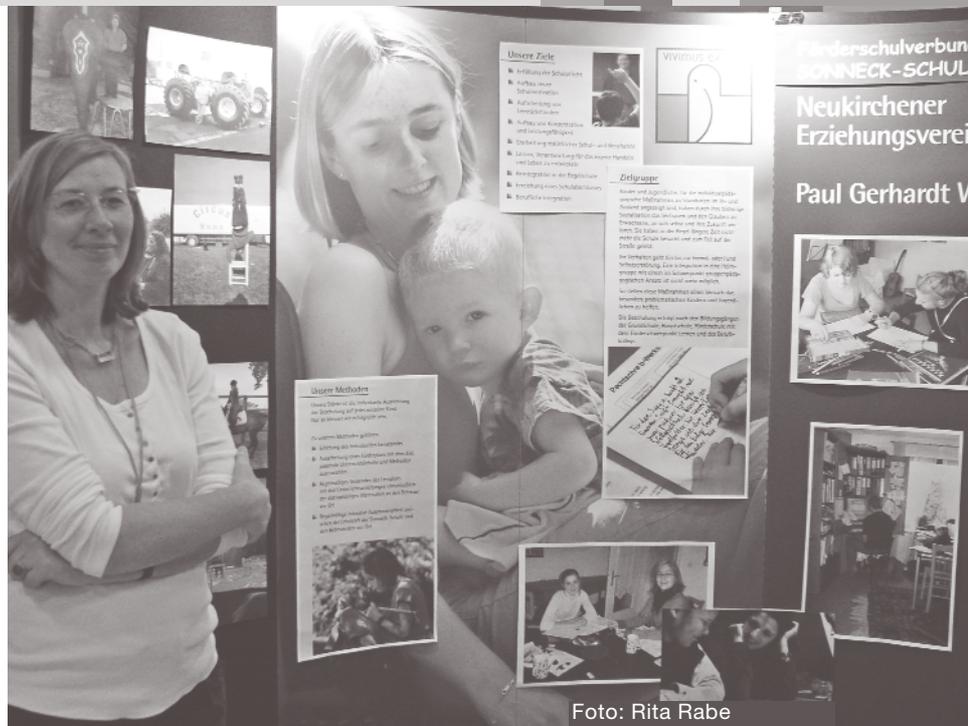


Foto: Rita Rabe

- Ausschluss oder Chance? Formen der Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- „Fachkräfte-Gebot“ versus „Authentische Betreuerpersönlichkeit“ (§ 72 SGB VIII)
- Rahmenbedingungen + Standards: Reichen Mindeststandards oder brauchen wir Gewährleistungsstandards?
- Total normal? Bildungsangebote in Auslandsmaßnahmen der Jugendhilfe
- Erziehungshilfen im europäischen Inland: grenzübergreifendes Verständnis von Erziehungshilfe
- Evaluation und Forschung

Besonders großes Interesse unter den Praktikern aus der Kinder- und Jugendhilfe fanden die Foren zu den drei erstgenannten Themen. Zum Forum „Ausschluss oder Chance? Formen der Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie“ wurde aufgrund des großen Interesses mit Vertretern des Auswärtigen Amtes zu dieser Problematik ins Gespräch zu kommen, eine Abendveranstaltung angeboten. Gesprächspartner war Dr. Platiel, der Leiter der psychosozialen Beratungsstelle des Auswärtigen Amtes. Diese abendliche Gesprächsrunde bereicherte die Tagung um wichtige fachliche Impulse. Dr. Platiel plädierte dezidiert für eine qualifizierte Diagnostik im Vorfeld der Entscheidung für eine Auslandsmaßnahme und sprach sich bei diagnostizierten seelischen Befindlichkeitsstörungen Jugendlicher gegen eine solche aus, wenn es „vor Ort“, im Ausland, keine adäquate ärztliche Betreuung (in der Muttersprache der Jugendlichen) gibt. Auch müsse die Frage nach der Qualität der Gutachten erlaubt sein. Er verwies unter anderem darauf, dass die Projektträger die Verantwortung für die betreffenden

Fachmesse: Sonneckschule, Neukirchen, Vluyn

Ankündigung

- 18./19. September 2008
Tagung: Konzepte der Personalbemessung + Qualitätsstandards des ASD
- Anmeldungen online:
www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/2008-09-18-anmeldung.phtml
- Programm
www.vfk.de/agfj/veranstaltungen/2008-04-03-programm.phtml

Weitere Informationen:
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: agfj@vfk.de



Fotos: Rita Rabe

Fachmesse: Sehen, was und wie sich die Praxis (weiter)entwickelt hat ...

Jugendlichen ganzheitlich wahrnehmen müssen (z.B. Meldepflichten im Gastgeberland, Einhaltung der Schulpflicht, Impfstatus). Insgesamt konnte – insbesondere durch dieses Abendgespräch – das bestehende Konfliktpotenzial etwas entschärft werden. Beide Ministerien sowie die Maßnahmeträger der Jugendhilfe wollen konkrete Vorschläge und Verabredungen zur Verbesserung der Projektstandards im Ausland und in Bezug auf die Verbesserung der eigenen Kooperationsbeziehungen einbringen. Das kann ein guter neuer Anfang für alle Beteiligten sein, die mit individualpädagogischer Hilfe zur Erziehung im Ausland zu tun haben. **Einig war sich das Plenum in der Aussage, dass der Begriff „Erlebnispädagogik“ einen sanften Tod sterben solle.**

Alle (weiteren) Ergebnisse aus den Foren wurden am zweiten Arbeitstag im Plenum vorgestellt und diskutiert. Einige Blitzlichter und offene Fragen aus dieser Diskussion waren:

- Fachärztliche Begutachtung: Wie läuft sie in der Praxis? Sozialpädagogische Diagnosen sind anders als sozialtherapeutische oder psychiatrische Diagnosen – die Verständlichkeit für Sozialarbeiter ist oftmals schwierig.
- Fachkräftegebot: Auch eine Fachkraft kann/ist authentisch (sein), aber was tun mit Jugendlichen, die Erziehungs-/Betreuungsprofis völlig ablehnen? Muss der Begriff „Fachkraft“ in diesem Feld neu definiert werden?
- Qualitätsdiskussion: Mindeststandards oder eher Ausschlusskriterien (zum

Beispiel keine suchtabhängigen, psychisch kranken oder gewalttätigen Jugendlichen). Wie kann die Einhaltung von (verbindlichen) Standards (für alle) kontrolliert werden?

- Evaluation: Es gibt keinen Konsens darüber, wann eine Auslandsmaßnahme als „erfolgreich“ bewertet werden kann bzw. welcher Jugendliche mit seinen spezifischen Vorbelastungen zu einer besseren Prognose berechtigt als andere. Hier bräuchte es eine Ressourcendiagnostik und eine Ressourcenforschung. Und last, but not least: Wie steht es eigentlich mit einer Diagnostik des Betreuers?

Ausführlich und zeitnah werden die Ergebnisse dieser Tagung in der Dokumentation hierzu nachzulesen sein, in Band 63 der Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ des VfK.

Was ist ein pädagogischer Ort?

Der Aufgabe, im Plenum ein Tagungsfazit zu ziehen, stellte sich Prof. Dr. Christian Schraper, Erziehungswissenschaftler, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Koblenz-Landau. Er sagte, dass seiner Meinung nach individualpädagogische Maßnahmen den Druck in der Kinder- und Jugendhilfe regulieren würden und Ventilfunktion hätten. Die Ventile dürften sich nur nicht für das gesamte System halten, denn grundlegende Systemfehler seien mit Ventilen allein nicht zu kompensieren. Hilfeplanung sei ein vielfach überfordertes Verfahren, in dem fachliche und geschäftliche Fragen und Interessen verhandelt werden müssen. Jedes Amt, jedes Team und jede Fachkraft habe hier seine/ihre eigene Praxis. Bei der Frage nach der fachärztlichen Begutachtung werde sehr der Krankheitswert (als Abweichung von der Normalität) (über)betont. Hier müsse man sich aber von Fall zu Fall fragen, ob es sich wirklich um kranke oder aber um schlecht erzogene junge Menschen handle. Eine der ganz zentralen Fragen für ihn sei: Was ist ein pädagogischer Ort? Orte, an denen junge Menschen etwas probieren und lernen können, wie die Welt der Beziehungen und Sachen um sie herum funktioniert, ohne dass ein „Fehler“ sie „umbringt“. Ein pädagogischer Schonraum, in dem die Reduktion von Komplexität – auch im Sinne von Entlastung von Beziehung – möglich ist. Ein Ort, wo eine Vermittlung durch Menschen stattfindet, die vormachen, ermutigen, erklären und trösten können und die ihre Beziehungen und die Wirkungen ihrer Orts-Gestaltung selbstkritisch reflektieren können.

Das Resümee – aus dem Abschlussvortrag von Prof. Christian Schrappner:

Die richtige Hilfe zur richtigen Zeit ist ein „Glücksfall“ menschlicher Begegnung, der nicht „technisch“ hergestellt werden kann ... und doch ist organisierte Erziehung gerade „schwieriger“ Kinder darauf angewiesen, dieses wenigstens ernsthaft und immer wieder zu versuchen!

Die Ausblicke

- Verstehen lernen, wie Kinder sich und ihre Welt sehen.
- Verstehen, wie unsere Welt mit der Welt der Kinder konkurriert, sie reproduziert oder im günstigen Falle unterstützt und wiedergutmacht.

- Unsere Welten so einrichten, dass die „Glücksfälle“ menschlicher Begegnung gefördert und nicht verhindert werden.
- Systematisch die Erfahrungen mit diesen „Glücksfällen“ – aber auch mit Pleiten, Pech und Pannen – dokumentieren, auswerten und Schlüsse daraus ziehen

Und „... laut und deutlich dafür eintreten, dass jeder (junge) Mensch ein Recht auf mindestens einen ‚Glücksfall menschlicher Begegnung‘ hat, und wenn es dafür noch so viele Anläufe braucht.“

Wohnungsgenossenschaften

Difu startet Evaluationsvorhaben zur Weiterentwicklung genossenschaftlichen Wohnens

Das genossenschaftliche Wohnen gilt als eine der tragenden Säulen der sozialen Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik. Die Aktivitäten der rund 2000 Wohnungsgenossenschaften in Deutschland gehen weit über ihre Kernaufgabe, die Versorgung der mehr als drei Millionen Mitglieder mit adäquatem Wohnraum, hinaus. Insbesondere die Kommunen profitieren davon auf vielfältige Weise: Wohnungsgenossenschaften sind vielerorts als Partner in der Stadtentwicklungsplanung, bei der Erstellung kommunaler Wohnraumkonzepte, bei der Konzeption und Umsetzung des Stadtumbaus oder bei der Stabilisierung von Stadtteilen im Rahmen der Sozialen Stadt engagiert. Durch ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe, aber auch durch professionelle wohnbegleitende Dienstleistungen leisten sie zudem einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der öffentlichen Hand bei der Bewältigung der sozialstaatlichen Aufgaben.

Aus gutem Grund waren daher der Stärkung dieses „dritten Weges“ zwischen Eigentum und Miete in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktivitäten des Bundes gewidmet. Neben der Novelle des Genossenschaftsgesetzes im Jahre 2006, die vor allem die Erleichterung von Genossenschaftsneugründungen zum Ziel hatte, und einer Reihe von Vorhaben im Rahmen des Forschungsfeldes

„Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) ist hier vor allem die Arbeit der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften in den Jahren 2002 bis 2004 zu nennen. Sie steht auch im Mittelpunkt eines Evaluationsprojekts, welches das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) nun in Auftrag gegeben hat. Mit dem Vorhaben, das gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Institut für Genossenschaftswesen (IfG) an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt wird, soll aufgezeigt werden, welche Wirkungen die Aktivitäten des Bundes auf die Stärkung und Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnens hatten und inwieweit die öffentliche Wahrnehmung der Leistungen von Wohnungsgenossenschaften dadurch gestärkt wurde. Für das Projekt ist eine Laufzeit bis Ende 2009 vorgesehen.

Neben den Wohnungsgenossenschaften selbst stehen auch Maßnahmen und Strategien zur Stärkung des genossenschaftlichen Wohnens von Bund, Ländern, Kommunen sowie der wohnungswirtschaftlichen Verbände im Zentrum der Untersuchung. Einen inhaltlichen Schwerpunkt wird dabei die Zusammenarbeit zwischen Wohnungsgenossenschaften und Kommunen bilden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@vfk.de
Internet: www.vfk.de/agfj



Foto: Gregor Jekel

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreff

Das diesjährige Difu-Ansprechpartnertreffen findet am 22. und 23. September 2008 in Mülheim an der Ruhr statt.

Veranstaltungsort ist die Stadthalle in Mülheim an der Ruhr, Theodor-Heuss-Platz 1

Im April werden die üblichen Informationen zu den angebotenen Workshops und weiteren Programmpunkten an die Ansprechpartner geschickt.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Neu im Difu-Internet

PPP – Wirtschaftlichkeit, Qualitäten, Beratung, Partnerschaft. Ergebnisse einer ergänzenden Umfrage zum Projekt „PPP und Mittelstand“

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3OCHQABK>

German Journal of Urban Studies/ Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

Issues Vol 45 (2006) and Vol 46 (2007)
„Recasting decision makings in local government“ and „The green city“

www.difu.de/publikationen/dfk/en/06_2/welcome.shtml

www.difu.de/publikationen/dfk/en/07_1/welcome.shtml

Wissensbilanzen für regionale Cluster- und Netzwerkinitiativen. Leitfaden zur RICARDA-Methode

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=SOBURYEL>

Difu-Newsletter „Berichte“ 1/08

Gesamtes Heft als PDF:
www.difu.de/archiv/Ber-08-1.pdf

Das Heft steht später auch im HTML-Format zur Verfügung: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1_08/.

PPP und Mittelstand. Untersuchung von 30 ausgewählten PPP-Hochbauprojekten in Deutschland

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3L515GWKT>

Veröffentlichungen (Kurzfilm, Trailer, Online-Veröffentlichungen) zum Thema Flächenkreislaufwirtschaft

www.flaeche-im-kreis.de/veroeffentlichungen/

www.flaeche-im-kreis.de/videos/PerspektiveFlaechenkreislaufwirtschaft-Kurzfilm/
www.flaeche-im-kreis.de/videos/PerspektiveFlaechenkreislaufwirtschaft-Trailer/

Exklusiv für Difu-Zuwender

Veröffentlichung: Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=34JMBSEI>

Vortrag: Kooperationen zwischen Städten und Wohnungsunternehmen – Herausforderungen, Rahmenbedingungen und Spannungsfelder

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-reimann-wohnungsunternehmen.pdf

Vortrag: Innovationsorientierte Netzwerke als Instrument der Wirtschaftsförderung – was leisten Wissensbilanzen für deren Entwicklung? Im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-floeting-zwicker-cluster1.pdf
www.difu.de/extranet/vortraege/08-floeting-zwicker-cluster2.pdf

Vortrag: Bildung, Schule und (sozial-räumliche) Integration von Zuwanderern. Im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-miera-integration.pdf
Referat: www.difu.de/extranet/vortraege/08-baur-integration.pdf
Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-germershausen-integration.pdf

Vortrag: Wohnen in der Stadt – Chancen für die Städte. Im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/08-jekel-wohnen.pdf

Seminarbericht: Vor den Vergabege-richten – das Ende des kooperativen Städtebaus?

Seminar, 24.1.2008, Berlin
www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08staedtebau.bericht.phtml

Vortrag: Demografische Veränderungen in Städten und Gemeinden: Wie gehen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit damit um? Im Rahmen der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“

Folien: www.difu.de/extranet/vortraege/07-beckmann-veraenderungen.pdf
www.difu.de/extranet/vortraege/07-bau-gb/

Seminarbericht: Umsetzung und Beendigung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen – Beispiele, Erfahrungen, Probleme

Seminar 15.–16.11.2007 in Berlin
www.difu.de/extranet/seminare/berichte/07entwicklungsmassnahmen/

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat- und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

www.difu.de/extranet/.

Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben.

Weitere Informationen zum Verfahren im Internet unter: www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Difu-intern

Abschied nehmen

Ende 2007 verlies mit **Dr. Claus-Peter Echter** ein langjähriger und verdienter Wissenschaftler das Deutsche Institut für Urbanistik. Der Sozialwissenschaftler und vielseitig interessierte Adorno-Schüler war länger als ein Vierteljahrhundert in der Kölner Abteilung des Instituts als Experte für Wohnungswirtschaft und Denkmalpflege tätig. In beiden Fachbereichen und den Gremien des Deutschen Städtetages war Claus-Peter Echter nachgefragter und geschätzter Fachmann zugleich.

Echters Arbeiten im Themenfeld „Wohnen“ reichten von „Kommunalen Wohnkonzepten“ in den 80er Jahren bis zum kürzlich mit anderen Difu-Kollegen abgeschlossenen Projekt „Wohnen in der Innenstadt“, das in Fachwelt und Presse auf großes Interesse stieß. Tätigkeitsschwerpunkte Echters waren jedoch die Bereiche Denkmalpflege und Denkmalschutz. Mit seinen Projekten, Vorträgen und Publikationen wie auch seiner beharrlichen Art hat er dazu beigetragen, diesen Themen zu einem gebührenden Platz in der Stadtforschung zu verhelfen. Seine

viel beachtete Monographie „Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen“ wurde zudem mit dem Dokortitel im Bereich der Ingenieurwissenschaften belohnt. Die Arbeiten von Claus-Peter Echter vereinen mehrere Merkmale: Praxisrelevanz, wissenschaftliche Präzision und Sachkenntnis sowie einen heute immer seltener zu findenden sprachlichen Feinschliff.

Claus-Peter Echter war mit seiner zurückhaltenden und von feinem Humor geprägten Art, aber auch wegen seines breiten sozial- und politikwissenschaftlichen Wissens ein an seinem Kölner Arbeitsplatz und darüber hinaus allseits beliebter und geschätzter Kollege. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat Claus-Peter Echter verlassen, den Themen „Denkmalschutz und Denkmalpflege“ wird er jedoch auch im „Unruhestand“ über Mitgliedschaften und Aktivitäten in einschlägigen (inter)nationalen Organisationen – wie ICOMOS und EUROPA NOSTRA – treu bleiben.



Dr. Claus-Peter Echter

Difu aktiv

Auswahl weiterer Difu-Aktivitäten

Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann hielt am 10.1.2008 im Rahmen der internen Klausur „Aktuelle Themen der Verkehrspolitik“ der Arbeitsgruppe Verkehr der Bundestagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Berlin den Vortrag „Anforderungen an prozessuale und methodische Weiterentwicklungen der Bundesverkehrswegeplanung – ausgewählte Hinweise“. Am 29. und 30.11.2007 nahm Klaus J. Beckmann an der Podiumsdiskussion „Europäische Stadt der Zukunft“ auf dem „DEMO-Kommunalkongress 2007“ teil.

Christa Böhme ist erneut in die Jury des KfW-Award „Europäisch Leben – Europäisch Wohnen“ berufen worden; das Jahresthema 2008 lautet: „Gemeinschaftliches Wohnen und Leben in der Stadt – Eigentum kreativ und kostengünstig gestalten“.

Holger Floeting ist in das Programmkomitee für die „Realcorp 2008 – 13th International

Conference on Urban Planning and Regional Development in the Information Society“ berufen worden, die vom 19.-21. Mai 2008 in Wien stattfindet.

Gregor Jekel vertritt das Difu künftig als ständiger Gast in der Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetages.

„Research for the Reduction of Land Consumption and for Sustainable Land Management (REFINA)“ war der Titel des Vortrages von **Jens Libbe** beim German-Polish Cooperation Meeting „Sustainable Environmental Research: Technologies, Engineering Model Concepts“, Posnan/Posen am 21.11.2007.

Cornelia Rösler moderierte am 6.12.2007 die Auftaktveranstaltung zum „Masterplan Luft“ der Stadt Dortmund, zu der Kommunalpolitik, Verbände und Bürger eingeladen waren.

Mediennachlese

... Immer mehr Migranten, derzeit rund 566 000, wählen den Weg in die Selbstständigkeit – ihre Gründerquote ist höher als die der Deutschen. ... Die Gastarbeiter in den sechziger und siebziger Jahren kamen, weil es zu viel Arbeit in Deutschland gab. Jetzt gibt es zu wenig, also schaffen sie sich ihren Arbeitsplatz selbst. ... Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien hat ergeben, dass nur vier Prozent der türkischstämmigen Unternehmer auf öffentliche Finanzierungshilfen zurückgegriffen haben. ... Durchschnittlich gehört jeder zweite Beschäftigte von ausländischstämmigen Unternehmern zur Familie. ... „Viele Betriebe könnten nicht überleben ohne die Unterstützung der Familie“, sagt Yunus Ulusoy. Weil Wissen und Vorbildung zu gering, Berührungängste mit den Behörden aber groß sind. Auch deswegen gründen Migranten mutiger und schneller. ... Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik wertet den Mut und die Entscheidungsfreude von Migranten in diesem Bereich sogar als „gruppenspezifische ethnische Ressource“... **DIE ZEIT, 7.2.2008**

Immer noch setzen die Städte und Gemeinden auf die Ausweisung neuer Baugebiete zum Wohnen und Arbeiten. Sie versprechen sich davon, mehr Steuern einzunehmen. Doch diese Rechnung geht kaum noch auf, belegt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die der Frankfurter Rundschau vorliegt. Danach lohnt es sich für die Kommunen oftmals nicht, neue Flächen auszuweisen – insbesondere, wenn dies auf Kosten bester landwirtschaftlicher Böden geschieht. Tag für Tag verschwinden in Deutschland mehr als 110 Hektar unter Asphalt und Beton. Vom Ziel der Bundesregierung, den Flächenanspruch bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar am Tag zu begrenzen, ist das Land weit entfernt. ... Die Studie, die vom Bundesamt gefördert wurde, gibt den Kommunen dafür reichlich Argumente. Denn sie belegt, dass sich die Zurückhaltung beim Flächenverbrauch tatsächlich rechnet. Es sind also nicht nur ökologische Aspekte, die zum vorsichtigen Umgang mit dem Boden mahnen, sondern auch ökonomische. ... Das Ergebnis: Die Baulandausweisung rentiert sich um so weniger, je mehr einheimische Betriebe und Privatpersonen sich in dem Neubaugebiet ansiedeln. Innerkommunale Wanderungen zahlten sich überhaupt nicht aus, da dadurch keine neuen Steuerzahler angezogen werden. Und: Je größer der Aufwand für den Bau neuer Straßen oder die Ergänzung der Abwasserkanäle in dem

neu erschlossenen Gebiet ist, desto weniger Hoffnung besteht für einen positiven Saldo. ... **Frankfurter Rundschau, 4.2.2008**

Rathäuser, Schulen, Kindergärten, Straßen, Gefängnisse – immer häufiger lassen Länder und Gemeinden öffentliche Bauten von privater Seite finanzieren, bauen und betreiben. Das geht schneller und ist billiger. Das ist zumindest die Hoffnung vieler Kämmerer, die auf PPP setzen – das englische Kürzel für die Zusammenarbeit von Kommunen und privaten Unternehmen und Finanziers bei der Errichtung öffentlicher Infrastruktur. Auf dem Kongress „Public Private Partnership“ in Hannover wurde erstmals eine vom Deutschen Institut für Urbanistik verfasste Studie vorgestellt, die 30 solcher PPP-Projekte in Deutschland genauer unter die Lupe nimmt. ... „Bei den ersten PPP-Modellen rechneten die Kommunen mit einer Ersparnis von mehr als 20 Prozent, heute werden nur noch fünf bis sechs Prozent prognostiziert. Man ist vorsichtiger geworden“, sagt Robert Kösling aus Berlin, selbständiger Gutachter für PPP-Projekte. ... Aus Sicht von privaten Betreibern öffentlicher Infrastruktur wächst der Markt und damit auch die eigene Gewinnerwartung. ... Angesichts der internationalen Finanzkrise dürften sich künftig die Konditionen der Banken für PPP-Modelle in Deutschland verschlechtern, sagte Oliver Fincke von der Deutschen Bank. „Auf die Fixierung der Zinskonditionen auf lange Zeiträume werden sich Banken immer weniger einlassen“, so Fincke. ... In Deutschland werden derzeit vier Prozent aller öffentlichen Projekte über PPP-Modelle finanziert. **Weser Kurier, 01.02.2008**

... Über die Zukunft der urbanen Mobilität diskutierten internationale Experten Ende November auf dem VDI-Gesamtverkehrsforum in Braunschweig. ... Laut Dr. Friedemann Kunst, Leiter der Abteilung Verkehr in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, scheitert die Verkehrsvermeidung hier „noch zu oft an den Widersprüchen zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Verkehrspolitik“. Über ähnliche Probleme bei der Verkehrsanbindung neuer Vorstadtquartiere, wo gute Ansätze oft an Interessenkonflikten zwischen Städten und umliegenden Gemeinden scheiterten, sprach Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin. „Es fehlt an regionalen Verkehrskonzepten“, bemängelte Beckmann. Um den Verkehr in Ballungsräumen zukunftsgerecht zu gestalten, forderte

er vernetztes Denken ein. Jede Planung sei auf ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen hin zu prüfen sowie auf ihre Folgen für Klima und Umwelt. Generell plädierten Beckmann und Kunst für eine Aufwertung der Innenstädte. „Der Trend geht dahin, dass wieder mehr Menschen mit Kindern und Ältere dort wohnen bleiben wollen“, so der Difu-Chef. Oft würden sie dann angesichts kurzer Wege bewusst auf ein Auto verzichten. Dadurch ergäben sich neue Anforderungen an urbane Mobilität. Doch fehle das Geld für Erhaltung, Ausbau und Umbau der Verkehrsinfrastruktur. Beckmann sprach sich darum für belastungs- und emissionsabhängige Abgaben aus. Etwa leistungsgerechte Preise im ÖPNV, eine City-Maut oder eine Abgabe für Unternehmen, die gut erschlossene Standorte nutzen. ... So seien Bewohner der Innenstädte, die am wenigsten zum Verkehr beitragen, den Belastungen am stärksten ausgesetzt. Laut Beckmann sind in Berlin zwei Drittel der Verkehrstoten Fußgänger und Radfahrer, Lärm und Abgase sind in großen Straßen kaum erträglich und Kinder sind in ihrer Mobilität oft erheblich eingeschränkt. ... **VDI-Nachrichten, 7.12.2007**

Die voluminöse Festschrift zu Ehren von Prof. Dr. Heinrich Mäding erschien anlässlich seiner Verabschiedung aus dem Amt des Leiters des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), dessen Geschicke er 14 Jahre (1992 bis 2006) und damit länger als jeder seiner Vorgänger gelenkt hat. ... Dieses Buch kann darüber hinaus auch als eine Mischung aus Würdigung und Leistungsschau des Difu verstanden werden, einer der großen und einschlägigen, über Jahrzehnte erfolgreichen und angesehenen Forschungs- und Beratungsinstitutionen der Bundesrepublik Deutschland. Der „Brennpunkt Stadt“ ist sehr geräumig, wie auch aus dem Untertitel des Buches deutlich wird. ... Nicht nur die inhaltliche Breite ist außerordentlich. Im Buch steht Grundlegendes neben Detailfreudigem. ... Niemanden wird alles interessieren können, aber jeder dürfte zumindest einen Aufsatz finden, der ihm in seiner Tätigkeit nutzen kann, sei es in der kommunalen Praxis oder im wissenschaftlichen Betrieb. ... **Raumforschung und Raumordnung, 12-07**

... Dass Parkraumbewirtschaftung für Städte keine wirtschaftliche Belastung darstellen muss, habe das Beispiel Antwerpen gezeigt, ergänzt Michael Lehmbrock vom Deutschen Institut für Urbanistik. Der Fachmann setzt sich nicht nur seit Jahren mit dem Thema „Parken“ auseinander, sondern betreut auch ein vom Bundesbauministerium gefördertes Projekt zum Thema Parkraumbewirtschaftung

in Berlin (www.m2-portal.de). „In Antwerpen hat man eine Behörde geschaffen, die wie eine GmbH organisiert ist, an der die Stadt mehrheitlich beteiligt ist“, berichtet Lehmbrock. Dadurch habe die Stadt die kostenintensive Überwachung des Parkraums ausgelagert, behalte aber die Kontrolle darüber. Die Finanzierung der Parkraumbewirtschaftung erfolge vor allem über die Einnahmen aus den „Knöllchen“ für falsches Parken und aus den Parkgebühren. „Natürlich kann auch die öffentliche Hand eine wirtschaftliche Parkraumbewirtschaftung gewährleisten, wie das Beispiel München zeigt“, erläutert Lehmbrock. Wichtig sei dafür allerdings die Akzeptanz bei den Anwohnern und dem Gewerbe, vor allem aber auch der politische Wille. „Städte sollten die Parkraumbewirtschaftung nicht als zusätzliche Einnahmequelle sehen, sondern als Maßnahme, um die Lebensqualität in den Innenstädten zu erhalten“, sagte er. ... **FAZ, 30.11.2007**

... Das Engagement von Migranten in den Quartiersmanagement-Gebieten Berlins steigt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung durchgeführt hat. Sechs Monate lang hat das Difu in zwölf Quartieren nach der Beteiligung von Migranten geforscht. Dabei hat die Soziologin Bettina Reimann herausgefunden, dass der Migrantenanteil in den Quartiersbeiräten bei 24 Prozent liegt. ... Für die für Stadtentwicklung zuständige Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (SPD) ist das ein „außerordentlich erfreuliches Ergebnis, weil es den Eindruck widerlegt, dass sich Migranten zu wenig beteiligen“. ... Um die Erfahrungen zwischen den Quartiersmanagement-Gebieten auszutauschen, soll es im Frühjahr erstmals eine Konferenz aller Quartiersräte geben. **taz, 29.11.2007**

Zur fachlichen Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 wurde das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) beauftragt, im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie zu untersuchen, inwieweit Ansätze einer integrierten gebietsbezogenen Entwicklung benachteiligter Stadtteile in den 27 EU-Mitgliedsstaaten realisiert werden. ... Die Difu-Studie bildete eine Grundlage für die „Leipzig Charta“ zur nachhaltigen europäischen Stadt, die am 24. Mai 2007 im Rahmen des informellen Treffens der Stadtentwicklungsminister/innen der EU in Leipzig verabschiedet wurde. ... **Kommunalwirtschaft, 10-07**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 120321, D-10593 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Katrin Hunger (Praktikantin)
Claudia Körner (Praktikantin)
Christine Nickol (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253/-256

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 34

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P&R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten.

Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-256 / -253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: www.difu.de

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Neu, bitte beachten: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro.
Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen).

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Ein Verzeichnis aller lieferbaren Publikationen finden Sie unter www.difu.de/publikationen.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

___ Expl. **Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse?**

Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten

Von Michael Reidenbach u.a.

2007. Bd. 3., 232 S., 28,- Euro, ISBN 978-3-88118-432-8

___ Expl. **Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage

Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt

2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

Difu-Impulse

___ Expl. **Benchmarking von Nahverkehrsplänen zur Qualitätssicherung im öffentlichen Personennahverkehr**

Von Michael Lehmbrock, Volker Eichmann und Manuela Rottmann

Bd. 4/2008. 174 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-439-7 (in Vorbereitung)

___ Expl. **Denkmalschutz und Denkmalpflege in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden**

Umfrage zur „Organisation und Aufgabenwahrnehmung

Unterer Denkmalbehörden in Nordrhein-Westfalen“

Von Claus-Peter Echter und Andrea Grimm

Bd. 3/2008. 100 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-438-0

___ Expl. **Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kultur- und Kernelement der Europäischen Union?**

Symposiums-Dokumentation

Hrsg. Klaus J. Beckmann

Bd. 2/2008. 48 S., Schutzgebühr 15,- Euro

ISBN 978-3-88118-437-3

___ Expl. **Gebäudeenergieeffizienz in Kommunen**

Doku des 12. Energiebeauftragten-Kongresses

Hrsg. Cornelia Rösler, unter Mitarbeit von Vera Lorke

Bd. 1/2008. 256 S., Schutzgebühr 23,- Euro

ISBN 978-3-88118-436-6

Difu-Arbeitshilfen

___ Expl. **Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

Von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, M. Geiß

2007. 222 S., Schutzgebühr 31,- Euro

ISBN 978-3-88118-430-4

Sonderveröffentlichungen

___ Expl. **Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Themen und Projekte des Förderschwerpunkts REFINA**

Difu (D. Zwicker-Schwarm, S. Bock u.a.) i.A. des BMBF

2008. 66 S., vierfarbige Abb., Printversion kostenlos;

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=C16P45WH>

___ **Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft**

Neue Instrumente für neue Ziele (Projekt „Fläche im Kreis“)

BBR (Hrsg.), Bearb.: Deutsches Institut für Urbanistik

(Thomas Preuß u.a.), BBR (Fabian Dosch u.a.),

Bonn 2007. 110 S., kostenloser Download: [www.flaeche-](http://www.flaeche-im-kreis.de/veroeffentlichungen/flik/flik-band3.pdf)

[im-kreis.de/veroeffentlichungen/flik/flik-band3.pdf](http://www.flaeche-im-kreis.de/veroeffentlichungen/flik/flik-band3.pdf)

___ **Wissensbilanzen für regionale Cluster- und Netzwerkinitiativen**

Leitfaden zur RICARDA-Methode

Hrsg. von Daniel Zwicker-Schwarm und Holger Floeting

2008. 80 S., farbige Abb. und Übersichten, kostenloser

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=SOBURYEL>

___ Expl. **PPP und Mittelstand**

Difu (Busso Grabow u.a.) im Auftrag der PPP Task Force

im BMVBS und der PPP-Task Force NRW

2008. 140 S., zahlreiche, teils farbige Abb. und Übersichten

12,90 Euro für die Printversion, ISBN 978-3-88118-452-6

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=L517GWKT>

___ **PPP – Wirtschaftlichkeit, Qualitäten, Beratung, Partnerschaft**

Difu (Busso Grabow u.a.) im Auftrag der PPP Task Force

im BMVBS, 2008. 38 S., zahlreiche, teils farbige Abb.

Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3OCHQABK>

Difu-Papers

___ Expl. **Schneller und einfacher gründen: One-Stop-Shops in deutschen Kommunen**

Von Busso Grabow und Beate Hollbach-Grörmig

2008. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

___ **Circular land use management in cities and city regions**

Von Thomas Preuß und Uwe Ferber

2008. 20 S., kostenloser Download:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8K2TRD63>

Zeitschriften

___ Expl. **Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2007: Städtische Mobilität und soziale Ungleichheit

124 S., ISBN 978-3-88118-453-3

Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro